DEMOKRATISCHER WIDERSTAN

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 122, Samstag, 18. Februar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN! **SEIT 17. APRIL 2020**

Frieden, Freiheit Selbstbestimmung

erlin hat gewählt«, frohlockten die Propagandablätter von Taz bis Bild nach der wiederholten Veranstaltung. Leute, die wir bezahlen, hatten uns dazu aufgefordert, unser Kreuz in die Urne zu werfen. Fast vierzig Prozent beteiligten sich nicht, denn sie wissen: Eine echte Wahl wird uns gar nicht gelassen.

Haben wir darüber abgestimmt, ob wir Waffenlieferungszirkus für den Ukraine mitmachen wollen? Nein. Haben wir darüber abgestimmt, ob wir »einen Krieg gegen Russland kämpfen« (O-Ton Außenministerin Annalena Bärbock, Bündnisgrüne) wollen? Nein. Haben wir darüber abgestimmt, ob wir die grauenhaften Maßnahmen im Zuge der Corona-Lüge wollen? Nein.

Bereits im März 2020 erklärten Verfassungsjuristen: »Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes ist ausgelöst!« (Seite 16). Denn eine kriegslüsterne Herrschafts kaste trachtet danach, die Weltwirtschaftskrise dazu zu nutzen, ihr eigenes wahnhaftes Programm durchzudrücken. »Deren Zeit ist zu Ende, unsere beginnt!«, rufen

28. März 2020 zu, dem Beginn der neuen Demokratiebewegung.

UNTERDRÜCKUNG ODER DEMOKRATISCHER AUFBRUCH

Dagegen ist die Kriegspropaganda der Parteien und der Mainstream-Presse ein ganz alter Hut: Der Frieden soll durch den Krieg erwirkt werden. Wieder soll es gen Russland gehen, wo schon Napoleon und Hitler scheiterten. Weltweit stehen Demokraten gegen diesen wahnwitzigen Plan auf (Seite 11).

Der Ruf nach »Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung« erschallt in deutschen Straßen,

US-amerikanischen Stellvertreterkrieg in der ihnen dagegen deutsche Demokraten seit überall, jeden Tag, in allen Regionen unser aller Landes (Seite 7). Es ist der Ruf nach »Freiheit – statt pervertierter Weltordnung« (Seite 5). Mit Fug und Recht sehen Demokraten »die Kontinuität des Faschismus« am teuflischen Werk.

> Dazu zählt auch die Zerstörung der zivi-Versorgungsleitungen für Erdgas in der Ostsee. Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh deckte nun auf, was DW-Leser bereits seit 1. Oktober 2022 wissen, der 106. Ausgabe dieser Zeitung: Die USA sprengten das europäische Fernwärme-Projekt.

> > Kriegsakt gegen Deine Heizung → Seiten 9 und 10

TSGHÜSS, PROPAGANDA!
Diese Wochenzeitung
gibts im ABO!

OFFENE WORTE Demokraten sind überall

WAHLDESASTER Ändern wird sich nichts

HOLEN WIR IHN RAUS Befreiungsdemos überall und jeden Tag



NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW122

- Aufstehen gegen Krieg und Lügen, Seite 1
- Preisträger der Republik: Dr. Gunter Frank, Seite 2
- Einwurf von Dr. Köhne: Die Corona-Litanei, Seite 2
- Lauterbach überlastet das Gesundheitssystem, Seite 3
- Wagenknecht und Schwarzer am Brandenburger Tor, Seite 4
- Weekly Wahnsinn von Nadine Strotmann, Seite 5
- Anwalt Gordon Pankalla: Wahlrechtsreform, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Doc Brandenburg über den Merkel-Faschismus, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Jebsen & Lenz: Bestandsaufnahme, Seite 8
- Interview mit Captain Future, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Kriegsakt gegen Deine Heizung, Seiten 9 und 10
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Vorrevolutionäres Europa, Seite 11
- Internationale Reaktionen auf Hearsh, Seite 11
- Hier ist die Aufklärung!, Seiten 12, 13
- Das Letzte von Anselm Lenz, Seite 13
- Weimar: Niemals vergeben? Seite 14
- Christen im Widerstand, Seite 15
- DW-Buchliste, Seite 15
- Sport mit Weltmeister Thomas Berthold, Seite 15
- Das Buch der Exilanten, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 122. Ausgabe ab Samstag, 18. Februar 2023. | Redaktionsschluss war am 16. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. Chef vom Dienst: Klaus Müller. Redaktion Krieg & Frieden: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. Sportchef: Thomas Berthold. Layout und Satz: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. Fotoressort: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. Weitere Redaktionsmitglieder: Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. Korrektorat: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. Redaktionskooperationen: De Andere Krant, Amsterdam. Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. Druck: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.



eit Mitte 2020 informiert der Allgemeinmediziner über die Sinnlosigkeit der Coronamaßnahmen, und seit Anfang 2021 über die Gefährlichkeit der Impfung. Dr. Gunter Frank ist ein echter Aufklärer, das heißt er kennt die Grenzen der Vernunft, die man niemals überschreiten darf.

Von der Redaktion des Autorenblogs Achse des Guten beauftragt, über Corona zu berichten, hat er seinen Job ernst genommen und aufgeklärt, aufgeklärt, aufgeklärt. Es macht einen mittlerweile fassungslos, dass die Coronaspritzen immer noch gesetzt werden. Gunter Frank schafft es, am Ball zu bleiben, nicht zu resignieren und immer wieder auf den wohl größten Medizinskandal der Geschichte mit ausgestrecktem Finger zu zeigen, auf den Zivilisationsbruch, der sich vor unser aller Augen abspielt. Dabei gelingt ihm, was nur

wenige können: In *Talkshows* von zweifelhaftem Format wie von *Bild* eingeladen zu werden, und dabei klar und deutlich die Fakten auf den Tisch zu legen.

Dr. Gunter Frank hat eine Praxis für Allgemeinmedizin in Heidelberg, für Privatpatienten. Als Aufklärer arbeitet er für alle Menschen, auch die, welche sich die Privatversicherung nicht leisten können. Seiner Praxis wird die Türe eingerannt von Menschen, die durch die Giftspritze geschädigt wurden und dennoch schaffte er es, ein ganzes Buch, »Der Staatsvirus«, zu verfassen und in Artikeln, Interviews und Auftritten zu warnen. Das muss man erstmal bringen!

Muss man alles lieben? Natürlich nicht. Aber für die Ausdauer, den Mut, die Entschlossenheit und die unter dem Coronaregime an den Tag gelegte Glaubwürdigkeit gebührt Dr. Gunter Frank unser aller Dank und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. GUNTER FRANK. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain

Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton.

PREIS ABERKANNT!

Es war die Hoffnung aufgekommen, dass bei irgendeiner unserer Politmarionetten mal die Kinderschändermaske fällt, öffentlich Tränen ausbrechen wegen all der Verbrechen – und die Karriere verweigert wird. Doch sagte Christine Lambrecht mit ihrem berühmten Knaller-Video wirklich: »Ich möchte lieber nicht« und »ich habe mitgemacht, aber ich will in diesem Horrorzirkus nicht mehr an Lügen, Morden, Abzocken und Unterdrückung des deutschen Volkes mitwirken«? Dass sie auspackt, ein Ende der Kriegsbeteiligung wie den Nato-Austritt erklärt und zu uns auf die Seite des deutschen Volkes kommt? Das war wohl die Hoffnung. Die Aufregung war groß: Die Jury hatte die berühmte Silversteransprache der Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) als große Geste der Absage gewertet und ihr den derzeit angesehendsten Öffentlichkeitspreis verliehen (DW117). Wie schon 2020, als Lambrecht noch im Amt der Bundesjustizministerin zwischenzeitlich das Demonstrationsrecht verteidigt hatte und den Preis der Republik erst zuerkannt bekam – und nach erneutem Verbrechertum wieder aberkannt. So auch diesmal. Nur Tage nach dem Knallervideo gingen von ihrem Ministerium weitere Kriegshandlungen aus. Die Jury gibt schweren Herzens und trotz menschlicher Sympathie (»5.000 Helme«) bekannt: Christine Lambrecht wird der Preis der Republik wegen falscher Voraussetzungen und aktiver Kriegstreiberei zum zweiten Male wieder aberkannt. (ale)

: DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE:

Die Corona-Litanei

Ausschnitte aus dem Gedichtband gegen die verordnete Verödung des Lebens | Von Werner Köhne

AUS DER REDE DER EXPERTEN AN UNS

all ihr Zögernden
um Leib und Leben Bangenden
ihr Abwartenden und Lauernden
ihr Rateteams und Studioköche
Rentner und Harvardabgänger
Überholspurbetreiber und
Pflegedienstleiter
schließt euch uns an
wenn ihr denn nicht ins Abseits
unseres Gemeinwesens geraten wollt
setzt euch ins Benehmen mit denen
die alle Kapazitäten ausschöpfen
um euch zur Seite zu stehen

unzumutbar seid ihr bis jetzt gewesen ihr Lebenserhaltungskunden ihr Smartphonebesitzer, ihr politisch abtrainierte Wesen ihr Opfer und Richtigmacher moralisch medikamentös und intravenös

es geht schließlich darum die notwendigen Interventionen und Injektionen zuzulassen dabei zu viele Personalausfälle zu vermeiden besonders im wichtigen Bereich der Infrastruktur

Die Intensivbetten, meine Damenherren und Herrendamen die Intensivbetten Die Inzidenz ist kein Gespenst. ...

LEBEN STAND | BY ATEMNOT

hinter spitz zulaufenden Masken wie in Albträumen von Hieronymus Bosch umschwirren Raubvögel dein erborgtes Gesicht

> kein Unkenruf lockt keine Kassandra droht auf Beute aus sind die gepanzerten Wächter des Wahns

den Abstand einhaltend mit ausgebreiteten Flügeln kreisen wir um uns selbst beäugt von verminten Körpern

und wenn die Befehle kommen
voll metallischen Klangs
zerstreuen wir uns
auf den breiten Straßen Berlins
kehren zurück
wie vor 500 Jahren die geschlagenen Bauern verschanzen uns
hinter unsere Herzkammerwände



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro-Ben Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

Gesundheit

Lauterbach überlastet das Gesundheitssystem

Karl Lauterbach (SPD) will Revolution machen. Die Zahl der Impftoten steigt weiter. Die Aufklärung und Aufarbeitung müssen wir weiterhin **selber in die Hand nehmen.** | Von Hendrik Sodenkamp

ir erinnern uns alle nur zu gut daran, dass unsere gesamte Gesellschaft in Geiselhaft genommen wurde, damit wir »das Gesundheitssystem nicht überlasten«. Jeden Tag wurden wir mit Inzidenzzahlen bombardiert oder der Auslastung der Intensivstationen. Wie diese Zeitung und dann viele Monate später die Springer-Zeitung Welt herausfand, wurden riesige Mengen an Intensivbetten eingespart, damit sich die Krankenhäuser mit einer hohen Auslastung auf unsere Kosten eine goldene Nase verdienen können. Am finanziellen Limit operierende Krankenhäuser wurden mit Geldanreizen dazu motiviert, die Lüge einer gemeingefährlichen Pandemie mitzutragen.

Nun, nachdem die fast letzten Coronamaßnahmen am 1. März 2023 auslaufen sollen, nämlich die Test- und Maskenpflicht für Mitarbeiter und Insassen von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, präsentiert Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) einen Plan zur Umgestaltung der gesamten Krankenhauslandschaft. Der umstrittene Gesundheitsminister sprach gar von einer »Revolution« von oben, was einem zu Recht Angst und Bange machen

Lauterbachs Pläne sehen vor, die Krankenhausversorgung in der Fläche abzubauen und einige große Krankenhauszentren in Großstädten zu schaffen. Kliniken sollen laut einer Kommission Lauterbachs in fünf Kategorien eingeteilt werden, in denen sie arbeiten dürfen. Ein Großteil der Kliniken würde die Reform laut einer Studie der Nordrhein-Westfälischen Krankenhausgesellschaft nicht überleben. Allein in Nordrhein-Westfalen würden demnach von 358 Kliniken nur 83 übrig bleiben. Die Folge wäre eine zunehmend schlechte Krankenversorgung im ländlichen Raum. Der Widerstand gegen Lauterbachs Pläne kommt von den Klinkbetreibern, aus den Bundesländern, aber auch von Vertreterinnen der Krankenhausangestellten. Panikmacher vom Dienst, Karl Lauterbach, kommentierte die Kritik an seinen Plänen als »Panikmache«.

In Panik geriet auf jeden Fall die Berliner Zeitung Anfang dieser Woche, als sie erst einen Text von mehreren Juristen veröffentlichten, in dem diese das Zulassungsverfahren für die Corona-»Impfstoffe« als Paradebeispiel für Lobbyarbeit und als »Zulassungsdesaster« bezeichneten, und diesen Text nach nur wenigen Stunden wieder nach Druck »von außen« wieder von ihrer Seite nahmen. Nachdem wiederum »Druck von außen« von Seiten der Demokratiebewegung kam, gab die Redaktion der Berliner Tageszeitung bekannt, dass sie den Text wieder veröffentlichen wolle. Allerdings mit der Rahmung einer kritischen Gegendarstellung.

Laut Datenstand der US-amerikanischen Impfnebenwirkungsmeldestelle vom 10. Februar 2023 wurden im Zusammenhang mit den Spritzen bislang alleine in den USA 1.517.779 Fälle von Nebenwirkungen gemeldet, darunter 34.270 Todesfälle, 526.677 schwerwiegende Nebenwirkungen und 63.645 Nebenwirkungs-Fälle bei Kindern. Wie groß die Dunkelziffer ist, wird von Experten unterschiedlich bewertet. Man geht davon aus, dass die tatsächliche Zahl um fünf bis 20fach höher liegt, als gemeldet.

Dafür spricht auch, dass die Übersterblichkeit auch in Deutschland weiterhin erheblich über den Werten der Jahre vor Beginn des Corona-, Spritzen- und Kriegsregimes liegt. 13 Prozent Übersterblichkeit im Januar 2023 im Vergleich zum Meridian der Vorjahre. Vor allem bei jüngeren Menschen die Zahlen ununterbrochen, und die Schädigungen, Verstümmelungen und Tötungen von Menschen hinter diesen Zahlen.

Dass es für keine der Maßnahmen gegen Corona eine wissenschaftliche Begründung gibt, machte bereits der Sachverständigenrat der Bundesregierung im Juli 2022 klar. Einzig an der Maskenpflicht wollten die von der Regierung bestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler festhalten. In einer vielbeachteten Meta-Studie, veröffentlicht im renommierten Cochrane-Forschungsnetzwerk, kam auch der Epidemiologe Tom Jefferson von der Oxford Universität zu dem Schluss, dass auch das Maskentragen und die Maskenpflicht zu keinem positiven Effekt gekommen ist. Auch diese Erkenntnis ist nicht neu, und wird von Wissenschaftlern aus der Demokratiebewegung seit Anfang 2020 vertreten. In einem Interview veröffentlicht im tkp.at-Magazin machte Jefferson jedoch klar, dass die Veröffentlichung seiner umfassenden Meta-Studie absichtlich um viele Monate verzögert wurde, damit die Masken-Doktrin der Regierungen durch wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nicht gestört werden.

Der Stand der Aufklärung ist mittlerweile soweit, dass die größten Einpeitscher gegen Demokratiebewegung und aufrechte Wissenschaftler in den Jahren 2020 bis 2023 sich zur Speerspitze zur Aufklärung des Coronaregimes machen möchten. So will die Bild-Zeitung und der Berliner Tagesspiegel festgestellt haben, dass wir Kritiker die ganze Zeit recht hatten. Ohne jedoch daraus eigene Konsequenzen zu ziehen.

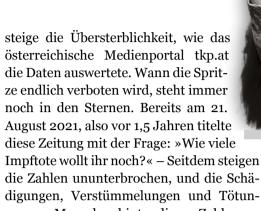




Foto: DW/Georgi Belickin

MELDUNG

VERHARMLOSUNG UND ABLENKUNG

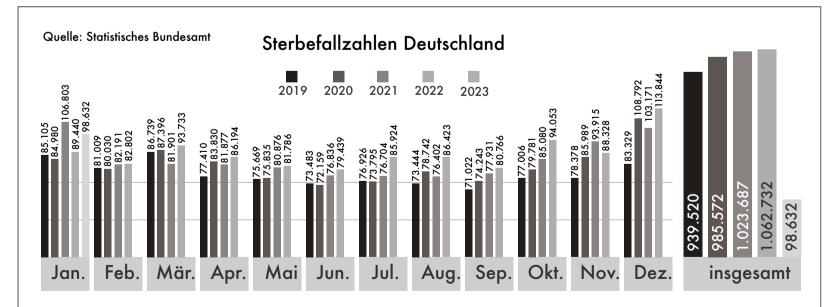
Berlin/DW. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) distanzierte sich erneut von seinen eigenen Coronaregeln. »Was Schwachsinn gewesen ist, wenn ich so frei sprechen darf, sind diese Regeln draußen«, sagte er in der TV-Sendung Markus Lanz am 9. Februar 2023. Der »Schwachsinn« – also Maskenpflicht im Freien und das Verbot von Versammlungen - führte zu unzähligen gewalttätigen Polizeieinsätzen gegen Demokraten, Bußgeldern, ein Klima der Angst und zum Tod von mindestens drei Versammlungsteilnehmern bei Demonstrationen der Demokratiebewegung für Grundrechte, Verhältnismäßigkeit und eine offene wissenschaftliche Debatte. (hes)

LEBENSERWARTUNG SINKT -ÄRZTEVERBAND FORDERT IMPFSTOPP

Berlin/DW. Der Ärztliche Berufsverband Hippokratischer Eid fordert in einem Offenen Brief den sofortigen Stopp der Impfkampagne und ein Ende der Impfpflicht in der Bundeswehr. Ausschlag für den Brief vom 11. Februar 2023 ist die »alarmierend gesunkene Lebenserwartung seit 2019« und der Übersterblichkeit von rund 12.000 jüngeren Menschen in Deutschland seit Beginn der Coronaspritzen-Kampagne im Dezember 2020. Dabei berufen sich die Mediziner auf die Daten des Statistischen Bundesamts. (hes)

WELTWEITER **PANDEMIEPAKT**

Genf/DW. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) trifft sich ab dem 20. Februar 2023, um erneut die internationalen Gesundheitsvorschriften zu ändern. Im direkten Anschluss, ab dem 27. Februar 2023, findet eine Konferenz für einen internationalen »Pandemievertrag« statt. Ziel der demokratisch nicht legitimierten Runden ist, weltweit einheitliche Vorgaben im Umgang mit Krankheitserregern zu schaffen. In der Vergangenheit war es dabei immer wieder zu Einflussnahmen von Milliardären gekommen. Kritiker bemängeln, dass mit den Verträgen zunehmend rechtsstaatliche Verfahren ausgehebelt und umgangen werden. Die Treffen finden auf Betreiben der US-Regierung statt. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Politik & Recht

MELDUNG

WAFFENFABRIKEN Laufen mit hochdruck

Brüssel/DW. Am Montag, den 14. Februar 2023 trafen sich die Kriegsminister der Nato-Staaten in Brüssel, um über weitere Waffenlieferungen zu beraten. US-Kriegsminister Llyod Austin verschob die Zusage von Kampfjets auf einen späteren Tag. Als Ergebnis gab der neue Bundeskriegsminister Boris Pistorius (SPD) bekannt, dass in der Ukraine mehr verschossen werde, als man derzeit herstellen könne. Dies sei Anlass, die Produktion von Raketen und Panzermunition anzukurbeln. (hes)

GENERALSTABSTREFFEN IN BAYERN

München/DW. Vom 17. bis zum 19. Februar 2023 tagt in München die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Motto »Revision«. Das von einer privaten Stiftung organisierte Treffen von ranghohen Militärs, Milliardären, Konzern- und Regierungsvertretern steht seit Jahren in der Kritik. Der Vorsitzende des Treffens, Christoph Heusgen, kündigte an, man werde vorrangig über den »Zivilisationsbruch« des Ukrainekrieges sprechen und außerdem über Themen eines »Erweiterten Sicherheitsbegriffs« debattieren. Heusgen betonte im Vorfeld, dass die Diskussionsrunden zum Krieg zur Hälfte mit Frauen besetzt sein werden. Gegen die Konferenz und deren Teilnehmer werden massive Proteste erwartet. (hes)

STAATSFUNK WILL DEMOKRATIE AUSSCHLIESSEN

Berlin/DW. Wegen der rapide gesunkenen Glaubwürdigkeit und Forderungen nach einer Reform oder der Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, versucht das Regierungs- und Parteien nahestehende Mediennetzwerk einen Reform von oben anzustoßen. Am 15. Februar 2023 entschied die sogenannte Rundfunkkommission darüber, wer dem Gremium angehören wird, welches die Änderungsvorschläge ausarbeitet. Vertreten sind darin weder oppositionelle Stimmen aus den Rundfunkanstalten, noch aus der Gesellschaft. Die Initiative Leuchtturm ARD, die seit 30 Wochen vor den Medienhäusern demonstriert, kündigte weitere Schritte an. (hes)

DAS ENDE DES AUTOMOBILS?

Straßburg/DW. Bald werden keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr in der EU zugelassen. Das entschied das EU-Parlament in Straßburg am 14. Februar 2023 mit einer knappen Mehrheit. Ab dem 1. Januar 2035 dürfen dem Gesetz nach keine Autos mit Diesel- oder Otto-Motoren mehr neu zugelassen werden. Begründet wurde dieser Einschnitt mit dem Umweltschutz. Kritiker bemängeln, dass durch diese Entscheidung die Autoindustrie nach Asien abwandern werde, und Elektromotoren keinen Ersatz für die bisherige Technik darstellen werden. Laut dem Gesetz dürfen bereits zugelassene Autos nach dem 1. Januar 2035 noch auf den Straßen Europas fahren. (hes)

WIR LIEBEN DIESE DEMOKRATIE!

Erneut kam es zu Fehlern bei der Berlinwahl, die an ihrer Rechtmäßigkeit zweifeln lassen. Damit darüber nicht in Schulen, Universitäten oder Behörden gesprochen wird, bringt die Bundesinnenministerin ein Gesetz gegen Oppositionelle auf den Weg. | Von Hendrik Sodenkamp

n Berlin fand am vergangenen Sonntag, 12. Februar 2023 die Wiederholungswahl für das Berliner Landesparlament, den Senat, statt. Von 2,43 Millionen Wahlberechtigten wollten nur 1.53 Millionen Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Am meisten Stimmen erhielt die CDU, 450.000 Erststimmen und 428.000 Zweitstimmen, also 18 Prozent der wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner. Die Parteien der amtierenden Regierungskoalition - SPD (301.736 Erststimmen, 278.978 Zweitstimmen, 11,49 Prozent Stimmen der Wahlberechtigten), Bündnisgrün (289.968 Erststimmen, 278.873 Zweitstimmen, 11,48 Prozent der Wahlberechtigten) und Linkspartei (186.363 Erststimmen, 184.954 Zweitstimmen, 7,6 Prozent der Wahlberechtigten) – hatten Verluste zu verzeichnen, sehen sich dennoch mit ihren insgesamt rund 30 Prozent aller Stimmen der Berliner dazu berufen, über alle zu regieren. Sowohl FDP als auch die Partei Die Basis verpassten den Einzug ins Parlament. Die AfD zog mit leichtem Zugewinnen ins Parlament ein, 136.366 Erstimmen und 137.810 Zweitstimmen (5,67 Prozent Stimmen aller wahlberechtigten Berliner).

Nach der Wahl wurde bekannt, dass es erneut eine Panne gegeben hatte. 466 Briefwahl-Umschläge im Berliner Bezirk Lichtenberg wurden ganz zufällig am Montag, den 13. Februar 2023 gefunden. Diese wenigen Hundert Stimmen könnten tatsächlich auf die Sitzverteilung des Landesparlament Einfluss haben und auch die Regierungsbildung entscheiden. Bündnisgrün und Sozialdemokraten streiten sich um den Platz als zweitstärkste Fraktion, und wer die Rot-Rot-Grüne oder Grün-Rot-Rote Regierung als Regierende Bürgermeisterin anführen würde. Vom Bundeswahlleiter wurde keine

n Berlin fand am vergangenen Mensch sondern ein »falscher Ablauf« für Sonntag, 12. Februar 2023 die diesen vielleicht wahlentscheidenden Fehler verantwortlich gemacht.

SCHICHT FÜR SCHICHT DEN RECHTSSTAAT ABTRAGEN

Auf Bundesebene geht der Feldzug gegen Oppositionelle weiter. Das Bundesampelregierungskabinett aus SPD, FDP und Olivgrünen um den unter Korruptionsverdacht stehenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) billigte am Mittwoch, 15. Februar 2023 einen Gesetzesentwurf der Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD). Das Gesetz sieht vor, dass Behörden nun selber Beamte, die laut Meinung der Behörde »Verfassungsfeinde« sind, mithilfe einer sogenannten Disziplinarverfügung reibungslos und ohne viel Aufsehen entlassen können. Bisher brauchte es dafür ein einigermaßen rechtsstaatliches Verfahren an einem Verwaltungsgericht, das bis zu vier Jahre in Anspruch nehmen konnte.

Das Gesetz richtet sich nach Angaben Fäsers nach einer gängigen Praxis in Baden-Württemberg, wo der 1972 eingesetzte Radikalenerlass sogar laut einer vom Bundesland selbst in Auftrag gegeben Studie in besonders harter Weise durchgesetzt wurde und immer noch wird. Selbst die sonst so loyale Dienstleistungsgewerkschaft Verdi bemängelt, dass die von Fäser geplante »Einführung von Disziplinarverfügungen für sämtliche Disziplinarmaßnahmen nicht den Anforderungen an ein förmliches, unparteiliches und die Fairness sicherndes Verfahren genüge« . Es sei nicht richtig, Beamte durch bloße behördliche Entscheidungen ihrer grundlegenden Rechte zu berauben, so Verdi-Gewerkschaftssekretär Christian Hoffmeister. Wann der Gesetzesentwurf im Bundestag verhandelt wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.



WAGENKNECHT UND SCHWARZER SCHLIESSEN SICH DEM DW AN

Die Gründer der Demokratiebewegung heißen sie willkommen. Mit ihrem »Manifest für den Frieden« schlossen sich die Bundeskanzlerkandidatin Sahra Wagenknecht (l.) und die seit Jahrzenten berühmte Journalistin Alice Schwarzer der deutschen Demokratiebewegung seit 28. März 2020 an. »Gemeinsam mit vielen, vielen Tausenden werden wir bei der Kundgebung am 25. Februar in Berlin an Brandenburger Tor ein starkes Zeichen für Frieden setzen. Für Verhandlungen statt Panzer!«, so Wagenknecht. Anselm Lenz, der Gründer der bundesweiten neuen Demokratiebewegung und der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW), begegnete mit seinem Kollegum der Einladung positiv – und erwiderte die Einladung. Zum dreijährigen Jubiläumsfest der Demokratiebewegung am 25. März 2023, 15:30 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin, sind Wagenknecht und Schwarzer dringend aufgefordert, ebenfalls Blumen zu überbringen. (jro)



Wahlplakat in Berlin. Foto: Lenz/DW.

3.768 KREUZE FÜR Verjüngungs-jünger

Wahlwerbung für das Ewige Leben: Zur umstrittenen Berlinwahl am 12. Februar trat die »Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung« an. Deren einziger Programmpunkt: »Wer heute am Leben ist, hat eine reelle Chance, ewig zu leben«, wie es auch im spaßhaften Online-Wahlwerbespot. Mit Plakatwerbung fragte die 2015 gegründete Kleinstpartei in Hochhaussiedlungen, »wo willst Du in 800 Jahren leben?« Parteivorsitzender ist der Berliner Biochemiker Felix Werth. Die Verjüngungspartei erhielt laut amtlichem Endergebnis insgesamt 3.768 Kreuze. (ale)



KONZETIPIESSE III ENGIUNU UNU DIE AUDELITUISCHEN.

CHINESEN ODER AUSSERIRDISCHE

»Wir können Außerirdische nicht ausschließen!« Titelseite des englischen Revolverblattes *Daily Star* vom 14. Februar 2023, nachdem seit Monatsbeginn über US-Territorium bereits vier angeblich »mysteriöse« Luftballons in höchster Höhe abgeschossen worden sein sollen. Zunächst hatte es geheißen, es habe sich um chinesische Spionageballons gehandelt. (jro)

Freiheit – statt pervertierter »Weltordnung«!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

ie treffen sich überall und für Furore. Er sprach über seine eigenen Proimmer wieder. Mal heißt das Treffen Weltwirtschaftsforum (WEF), mal heißt es Weltregierungsgipfel (WGS). Mal trifft sich die selbsternannte Elite in Davos, mal in Dubai. Wie auch immer. Die Vernetzung von Großkonzernen und Regierungen nimmt immer mehr und immer krudere Formen an. Wer hat diese Figuren - allen voran Klaus Schwab, Gründer des WEF - überhaupt gewählt?

Der Nachrichtendienst Twitter überschlug sich vergangene Woche wieder einmal. Einer der meistverwendeten Hashtags war der Name Klaus Schwab. Seine Rede auf dem Weltregierungsgipfel in Dubai sorgte

phezeiungen aus seinem Buch im Jahr 2016, wo er einschneidende Veränderungen aufgrund von digitalem Fortschritt ankündigte, die sich bislang auch bewahrheitet hätten. Ungefragt gab er wieder einen Blick in seine Zukunftsphantasien, indem er ankündigte, dass unsere Welt in zehn Jahren aufgrund von künstlicher Intelligenz nicht mehr wiederzuerkennen sei. Er schloss mit dem Satz: »Wer die neuen Technologien beherrscht, wird die Welt beherrschen«. Der feuchten Traum weißer alter Männer: Weltherrschaft.

KRIMINELLE KNECHTE IN DIE ERSTE REIHE

Die Gästeliste dieser Veranstaltung überrascht kaum: Auch Christine Lagarde, Chefin

der Europäischen Zentralbank (EZB), verurteilt wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, sitzt mit in den illustren Reihen. Dass sie eine wichtige Rolle in einer neuen Weltordnung im Sinne der pervertierten Superreichen spielt, ist klar. Schließlich wird die EZB in absehbarer Zeit den digitalen Euro als neuen Heilsbringer präsentieren – dass es sich bei dem sogenannten Central Digital Bank Currency (dt. Digitale Zentralbankwährung) um die Installierung einer Totalkontrolle eines jeden Bürgers handelt, das sagen sie uns natürlich nicht. Wenn dann auch noch Identitätsnachweis und Impfstatus auf einem Chip inklusive Kontoführung zusammenläuft, steht der digitalen Vollüberwachung nichts mehr im Weg. Im Übrigen sind in der Europäischen Union (EU) dafür bereits die Weichen gestellt – das läuft

alles hinter der vorgetäuschten Pandemie, dem provozierten Krieg in der Ukraine und neuerdings auch gesichteten Ufos in Amerika. Es sind die perfekten Ablenkungsmanöver, damit die hauseigenen Massenmedien uns alle weiterhin mit Fake News berieseln. Die eigentliche Bedrohung unserer Freiheit läuft seit Jahren im Hintergrund.

Auf der WGS äußerte einer allerdings Bedenken: Elon Musk, Unternehmer und Milliardär, Gründer von Tesla und SpaceX. Seine Rolle ist nach wie vor unklar. Schließlich profitiert er von der fortschreitenden Digitalisierung und ist bekennender Transhumanist. Er betonte in seiner Rede die Gefahr einer neuen Weltordnung. Er sagte: »If we are too much in a single civilisation, the whole thing may collapse.« (dt. Wenn es nur eine Bevölkerung gibt, wird das Ganze vielleicht zusammenbrechen.) – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

NTIDEMOKRATISCHE WAH

Die Berlinwahl zeigt: Die Mehrheit der Menschen wollen die herrschende Politik nicht. Doch die Machthaber bleiben auf ihren Posten. Wie kann das sein? Ein PLÄDOYER von Gordon Pankalla für das angelsächsische Mehrheitswahlrecht. | KOMMENTAR von Gordon Pankalla

pätestens nach dieser Wahl in Berlin sollten wir ernsthaft über unser Wahlrecht, das Verhältniswahlrecht, denken. Denn: Obwohl die CDU der klare Wahlgewinner ist, wird Rot-Rot-Grün weitermachen. Das bedeutet: Die politischen Ränder haben das Sagen. Deswegen brauchen wir die Mehrheitswahl - wie sie in England oder den USA besteht.

Was würde sich durch das Mehrheitswahlrecht ändern? Erstens: Jeder nur ein Kreuz. Wähler haben je eine Stimme für einen Kandidaten im Wahlkreis. Zweitens: Gewählt ist, wer die meisten Stimmen im Wahlkreis erhält. Drittens: The Winner takes it all. Die Stimmen der Unterlegenen »verfallen«.

KLARE LINIE STATT PARTEIENKLÜNGEL

Warum? Die Probleme des in Deutschland geltenden Verhältniswahlrechts sehen wir nun in Berlin. Es gab eine klare Mehrheit für die CDU, also einen Wechselwillen in der Bevölkerung. Jetzt wird aber die alte Regierung weitermachen, die sich aus den Rändern der Gesellschaft zusammensetzt. Was ist demokratischer? Wenn sich gesellschaftliche Ränder zusammentun, oder wenn derjenige regiert, der von der Mehrheit der Menschen gewollt ist?

Eine Regierung, die vom größeren Teil der Bevölkerung gewollt wird, stellt eine bessere Volksvertretung dar, im Gegensatz zu einer rot-rot-grünen Koalition, die eine Politik der Ränder macht, an dem Willen der Mehrheit vorbei. Natürlich haben beim Mehrheitswahlrecht Randparteien weniger Chancen – aber das ist auch gut so. Ferner wäre dann auch Schluss mit dem Klüngel und dem Schmieden von Koalitionen, die im Prinzip gar nicht zusammenpassen. Wie die aktuelle Ampelregierung. Dann müssen wir auch nicht aus den Zeitungen erfahren,

品 Weltkarte mit den Wahlsystemen, Stand: Januar 2020. Pluralitätssystem Mehrheitswahlrecht Mehrheitswahlrecht (Parteiblockabstimmung) Einfaches Mehrheitswahlrecht (Winner takes it all) Majoritäres System Stichwahl Integrierte Stichwahl Semiproportionalsystem Nicht übertragbare Einzelstimmgebung Kumulative Abstimmung Binomiales Wahlsystem Proportionalsystem Listenwahl Übertragbare Einzelstimmgebung Gemischtes Wahlsystem Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht Personalisiertes Verhältniswahlrecht Grabenwahlsystem andere Borda-Wahl Keine Direktwahl Keine Information

Wir Menschen können uns ganz unterschiedlich verfassen. Die Demokratiebewegung fordert von Beginn an Volksabstimmmungen über alle grundlegenden Fragen und eine Brechung der Parteienherrschaft. Grafik: Wikkipedia/c

dass die Politik den Menschen noch besser erklärt werden müsse, weil die Bürger zu dumm seien, die komplizierten Gedanken der Regierenden überhaupt zu verstehen.

KOALITIONSVERTRÄGE SIND NICHT GEWÄHLT

Aber, da gibt es nichts zu verstehen, weil die Positionen gar nicht zusammenpassen! Der Bürger ist nicht so dumm, sondern die Entscheidungen der Regierung sind unsinnig und widersprüchlich. Ein weiterer Vorteil der Mehrheitswahl ist nämlich, dass eine Regierung ihren Kurs durchziehen kann, ohne faule Kompromisse eingehen zu müssen, die der Bürger gar nicht mehr verstehen können. Schließlich gibt es dadurch aber auch mehr Wechsel an der Regierung, denn wenn den Bürgern der Kurs der Regierung nicht gefällt, dann wird diese eben abgewählt.

Und dies führt letztlich zu mehr Konturen bei den Parteien, anstelle des Einheitsbreis mit dem wir des seit Jahren zu tun haben. Wird eine Partei zum Regieren nicht mehr gebraucht, dann sitzt sie eben vier Jahre auf der Ersatzbank, bis sie später wieder an die Macht kommt. Wenn eine relative Mehrheit zum Regieren ausreicht, kann eine Partei ihre Position besser vertreten, als wenn schon im Wahlkampf Kompromisse gemacht werden müssen, weil man im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbildung die Standpunkte des politischen Mitstreiters schon einbeziehen muss. Wir alle kennen die wichtigste Frage der Journalisten im Wahlkampf: Mit wem können Sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen?

So bleibt es stets beim politischen Einheitsbrei, und an der Berlinwahl sehen wir jetzt auch, was dabei rauskommt, wenn sich rot-grüne Ränder zusammentun und eine Regierung der Mehrheit der Bevölkerung verhindern. Der Wähler hat mehrheitlich entscheiden, dass er diese Randregierung eben nicht mehr will trotzdem werden sie weitermachen, als wäre nichts gewesen. Aus meiner Sicht ist es daher gerechter, wenn die Mehrheit der Wähler auch das Sagen in den Parlamenten hätte.

In Berlin hatte man Mülltonnen als Wahlurnen aufgestellt. Die Stimmen der (relativen) Mehrheit der Bürger verschwanden in diesen Mülltonnen und werden auch dort bleiben.

Demokratiebewegung



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3

AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee

BUXTEHUDE: Montag ab 19 • Buxtehuder Tagblatt • Am Markt

CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6

CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr.

• Kaemmererplatz 2 **DORNBIRN:** Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1 FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8 FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3 **HAMBURG:** Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132 KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46 KEMPTEN: Montag 17.30 • BR Rundfunk • Hildegard Platz KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3 KÖLN: Freitag ab 13 • Rundfunkrat • Richartz Wallraf Museum LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12 LANDSHUT: Donnerstag ab16 • BR Studio • Altstadt 75 **LÜBECK:** Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF Str. 1 MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5 MÜNSTER: Montag 16.30 • WDR Rundfunk • Mondstr. 144 NÜ-FEUCHT: Montag 18.45 • Demozug • Altdorfer Str. POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20 SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt **SCHWERIN:** Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61

IMMER MONTAGS!

STARNBERG: Montag 18.30 • SZ Lokalredaktion • Kirchplatz

TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke

WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21 **WÜRZBURG:** Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

ÜBERLINGEN: Montag ab 18 • Südkurier • Hofstatt

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADL-KO-FEN, 18:30 Uhr, am Rathaus - ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus - ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss - BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme - BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr. am Ringcenter 2 - CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus - COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz - DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz - DEN-KENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz - FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus - GANGKOFEN, 19:30 Uhr, am Rathaus -GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAR-TENSTEIN, 19 Uhr, am Markt - KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz - KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die	Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@d	emokratischerwiderstand.de
Sa, 18.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.2.2023 14-18 Uhr	Berlin, Alexanderstraße 1	FRIEDENSDEMO
Sa, 18.2.2023 11-14 Uhr Sa, 18.2.2023 14-18 Uhr	Celle, Neumarkt Dortmund, Am Mengede Platz	Umzug und Kundgebung FRIEDENSDEMO
Sa, 18.2.2023 15-19 Uhr Sa, 18.2.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug Demo und Aufzug
Sa, 18.2.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.2.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 18.2.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 18.2.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.2.2023 13-20 Uhr	München, Königsplatz	FRIEDEŇSDĚMO
Sa, 18.2.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 19.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 19.2.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 19.2.2023 16-20 Uhr	München, Tizianstraße 18,	Konzertabend
Mo, 20.2.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 20.2.2023 18:20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 20.2.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 20.2.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am, Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Markiplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Köln, Roncalliplatz Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 20.2.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.2.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 20.2.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 20.2.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 20.2.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 21.2.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.2.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 21.2.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.2.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 21.2.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 22.2.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 22.2.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 22.2.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 22.2.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 22.2.2023 18-21 Uhr Mi, 22.2.2023 19-21 Uhr	München, Odeonsplatz Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 22.2.2023 18-19:30 Uhr Mi, 22.2.2023 19-20:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Treffen Spaziergang
Mi, 22.2.2023 19-20:30 Uhr Do, 23.2.2023 18-21 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) Baunatal, am Marktplatz Radia Tanan Hafa Dawar / Edu Mar Bishakafar Car	Spaziergang Spaziergang
Do, 23.2.2023 17:30-18:30 Uhr Do, 23.2.2023 18-21 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke MvRichthofen-Str. Demmin, Am Marienhain Hanny Co-Banksin Backwalete	Schilderdemo Demo Mahnwache
Do, 23.2.2023 17:30-19 Uhr Do, 23.2.2023 19-21 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz Hennet/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 23.2.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 23.2.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 23.2.2023 19.21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Do, 23.2.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Kathausplatz	Dialog
Fr, 24.2.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 25.2.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.2.2023 17-20 Uhr Sa, 25.2.2023 13-16:50 Uhr Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr	Berlin, Alt-Friedrichsfelde 52	Umzug Autokorso Umzug und Kundgebung
Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr Sa, 25.2.2023 15-19 Uhr Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr	Bochum, DrRuer-Platz Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz Eberbach, Leonoldsplatz	Omzug und Kundgebung Demo und Umzug Zusammenkunft
Sa, 25.2.2023 15-18 Uhr Sa, 25.2.2023 13-18 Uhr Sa, 25.2.2023 14-17 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz Emden, Hafentorplatz Fraiburg im Braisagu, Platz der Alten Synagoga	Grundrechtsdemo
Sa, 25.2.2023 14-17 Uhr Sa, 25.2.2023 15:30-18 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge Kassel, Königsplatz Kirchen (Sical) Pathaus	Demoaufzug Demo Spaziorgana
Sa, 25.2.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 25.2.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.2.2023 15:30-18 Uhr Sa, 25.2.2023 15-17 Uhr	Pforzheim, Marktplatz Rostock, Rosengarten Haidelberg, Schwengerteichenlage	Demo Kundgebung und Aufzug
Mi, 1.3.2023 18-20 Uhr So, 5.3.2023 14:30-17 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demo Demogufzug
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSĎEMO
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



HANDSCHELLEN: WAS SOLL DAS?

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Arvid Kappelt

Am 7. Dezember 2022 fand eine Großrazzia in elf Bundesländern statt. Beteiligt an der Aktion waren nach den Berichterstattungen rund 3.000 Polizisten einschließlich verschiedener Spezialkräfte. Diese stürmten Wohnungen und nahmen 25 Personen fest. Zu den Menschen, gegen die intensiv ermittelt wird, gehört der 71-jährige Heinrich XIII. Prinz Reuß.

Hierzu bekamen wir Anfragen zu unserer Einschätzung, denn Herr Reuß hatte im Gegensatz zu den Polizisten einen Mund-Nasen-Schutz (MNS) auf. Hat er diesen freiwillig aufgesetzt, weil er Angst vor einer Infektion hatte? Vielleicht war er selbst infiziert und wollte für andere das Risiko einer Ansteckung reduzieren. Oder haben die Polizisten das Aufsetzen des MNS angeordnet und es sogar zwangsweise durchgesetzt?

Wenn ja, dann wäre hierfür eine gesonderte gesetzliche Ermächtigung notwendig. Diese ließe sich nur aus der Befugnisgeneralklausel (in Berlin § 17 (1) ASOG) herleiten, wobei die Voraussetzung das Vorliegen einer konkreten Gefahr gewesen wäre. Wie diese im vorliegenden Einzelfall zu begründen gewesen wäre, weiß ich nicht, zumal Herr Reuß ja als Einziger am Einsatzort die Maske trägt. Es bleibt zu hoffen, dass er mit einer derartigen Maßnahme nicht zusätzlich gedemütigt und zum Objekt eines staatlichen Handelns gemacht werden sollte.

Die strafrechtlichen Ermittlungen müssen rechtsstaatlich einwandfrei geführt werden, woran ich keine Zweifel habe. Ob die Fesselung von Herrn Reuß als rechtmäßig einzustufen ist oder nicht, kann hier abschließend festgestellt werden. Die Bilder aus Frankfurt hätten zumindest für kritische Nachfragen durch Politiker und Pressevertreter ausreichen müssen. Auch Straftäter müssen sich auf ein rechtlich korrektes Verhalten der Sicherheitskräfte einschließlich der Wahrung der Menschenwürde verlassen können.

Belassen möchte ich es bezüglich der Form der Festnahme einschließlich der Anwesenheit der Medienvertreter mit einem Satz aus dem 2. Akt des Stücks »Torquato Tasso« von Johann Wolfgang Goethe: »So fühlt man Absicht, und man ist verstimmt.«

Weitere Informationen unter: https://echte-polizisten.de/ fesselung-von-herrn-reuss-rechtmaessig/

DIE KONTINUITÄT DES FASCHISMUS

Angela Merkel schuf eine neue Form des Führerkults. Die Menschen, das Volk, wurden für sie zur Manövriermasse. Die Verächter der Republik beherrschen uns immer noch. KOMMENTAR von Paul Brandenburg



Seit dem 28. März 2020 gehen Demokraten für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße. Foto: Georgi Belickein

ngela Merkel etablierte den Rechtsbruch und die Vernichtung Andersdenkender wieder als Herrschaftsinstrumente. Damit versetzte sie unserer Demokratie den Todesstoß. Der von der Altkanzlerin etablierte Faschismus ist wie dessen historischer Vorgänger weder »Rechts«- noch »Links«-Ideologie, sondern eine Reinform der Korruption und der Menschenverachtung. Das hat unsere Demokratie zerstört, und wir werden diese Katastrophe nur überwinden, wenn wir lernen, die Sprechverbote zu ignorieren, die Merkels Erben mit ihrem Terror bis heute durchsetzen.

Angela Merkels Erscheinen auf der politischen Bühne, damals am »runden Tisch« der untergehenden DDR, war so unvermittelt wie rätselhaft. Der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen bemerkte einmal, ihre Vergangenheit wirke »abgetarnt«, wie durch Geheimdienste. Ob die Ex-Kanzlerin tatsächlich eine Agentin Moskaus ist, wie auch viele DDR-Bürgerrechtler vermuten, tut nichts zur Sache. Das Offenkundige ihrer Taten spricht für sich.

Bei ihrer Machtübernahme von Helmut Kohl fand Merkel fortgeschrittene Korruption vor. Die Verflechtung der Parteien mit Medien, Wirtschaft und Justiz erreichte bereits in der Bonner Republik ein Maß, das die Demokratie über kurz oder lang zu Fall bringen musste. Statt an Reformen machte Merkel sich daran, den Bonner Nepotismus zu militarisieren. Die rheinische Kompromissbereitschaft gegenüber Andersdenkenden in den eigenen Reihen und im öffentlichen Leben ersetzte sie mit Faschismus. Wer nicht für Merkel und ihre

Seilschaften war, wurde fortan vernichtet. Wer sie persönlich traf, konnte feststellen: Ihre Bescheidenheit im Auftreten war das Gegenteil ihres faschistischen Herrschaftsverständnisses. Anders als oft unterstellt, war dieser Anspruch frei von weltanschaulichen Zielvorstellungen, linker, rechter oder anderer Art. Ihr Machtinteresse war stets Selbstzweck. Bei der »Rettung« von »Flüchtlingen« 2015 durch die illegale Öffnung deutscher Grenzen war Merkel ebenso von kaltem Opportunismus geleitet, wie beim überraschenden Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, durch den sie viele deutsche »Ortskräfte« dort schutzlos deren Mördern überließ. Niemals hätte sie eine politische Entscheidung zu einem anderen Zweck getroffen, als zur Sicherung und zum Ausbau ihrer persönlichen Macht.

SIE NANNTEN »VOLKSGEMEINSCHAFT« EINFACH »SOLIDARITÄT«

Angela Merkels Leistung im technischen Sinne bestand darin, ihr Handeln als moralisch erhaben zu inszenieren. Die Partei der Grünen hat dieses Prinzip perfektioniert. Es instrumentalisiert den antrainierten Schuldkomplex der Deutschen gegen politische Gegner und diffamiert jeden Widerspruch als »rechts« und infolgedessen als »menschenverachtend«. In dieser Weise machte Merkel aus dem nationalsozialistischen Propagandainstrument der »Volksgemeinschaft«, der sich jeder persönliche Anspruch unterzuordnen habe, das Instrument der »Solidarität«. So ers chuf sie eine neue Lüge von der erhabenen Gemeinschaft der »Rechtschaffenheit« und »Selbstlosigkeit«. Wie die Faschisten vor ihr baute Merkel dabei auf jene Kombination aus Feigheit der Massen und deren Wunsch nach einem »Aufgehen in der Gemeinschaft«, für

den wir inzwischen den treffenden Begriff »Gratismut« haben.

DEMOKRATIEVERACHTUNG IST DER KERN DER PARTEIENKORRUPTION

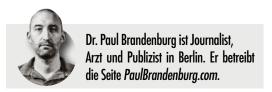
Merkel machte aus ihrer Verachtung für Demokratie und Gewaltenteilung nie einen Hehl. Am deutlichsten wurde dies bei der Ministerpräsidentenwahl des FDP-Mannes Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD im Jahr 2020. Laut Merkel war dies bekanntlich »unverzeihlich« und sie missbrauchte ihren Einfluss, um die Abstimmung im Landesparlament mit neuer Zielvorgabe wiederholen zu lassen. Es war ein solch krasser Bruch mit unserem Grundgesetz und dem darin eingeschriebenen Föderalismus, dass selbst das Bundesverfassungsgericht nicht umhin kam, dies zu verurteilen; trotz aller Willfährigkeit des von Merkel installierten Marionetten-Präsidenten Stephan Harbarth.

In der inszenierten Coronapandemie machte Merkel das Prinzip Verfassungsbruch zum Standardinstrument des Regierungshandelns. Mit der »Ministerpräsidentenkonferenz« schuf sie ein neues Machtzentrum, das im Grundgesetz weder vorgesehen noch so gewollt ist. Die merkelsche Verachtung für Demokratie und Gewaltenteilung ist heute zum Arbeitsprinzip aller Altparteien geworden. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken bewies das zuletzt mit ihrer Erklärung im Staatsfernsehen zur Abschaffung unserer Grundrechte: »Wir (als Regierung) haben mit 2G, 3G neue Ideen angewandt, die vorher so nicht möglich gewesen wären. Ich finde, wir können ganz zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben.«

MERKEL-DOKTRINEN SIND KEINE NATURGESETZE

Die Berliner Wiederholungswahl vom Sonntag hat jeglichen Zweifel daran beseitigt, dass die Parteienkorruption am Faschismus als Herrschaftsform festhalten wird. Die Rest-CDU unter ihrem Verweser Friedrich Merz hat nämlich bereits vorher jede Zusammenarbeit mit den »Unberührbaren« (so SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert über die Partei Alternative für Deutschland) ausgeschlossen. Dabei scheint es nur so, als würde die CDU sich durch Unterwerfung unter das SPD-Tabu unfreiwillig selbst einer Mehrheit jenseits von Braungrünrot berauben.

Die Wahrheit ist: Die CDU-Funktionäre haben an einer solchen Mehrheit außerhalb der etablierten Parteienkorruption kein Interesse. Die CDU-Funktionäre sind Teil des Regimes, das unsere bürgerliche Selbstbestimmung ebenso verachtet wie die Demokratie. Auch die Funktionäre der FDP nehmen daher bereitwillig die Auslöschung ihrer Marke in Kauf. Sie wissen: Die Macht zu ihrer Versorgung mit Posten geht im herrschenden Faschismus nicht mehr vom Wähler aus, sondern von den Seilschaften der Parteienkorruption. Dieses Regime müssen wir endlich beenden. Solange die Demokratiebewegung sich aber nicht von der Lüge angeblicher »Solidarität« und der moralischen Erhabenheit der Rechts-Links-Propaganda befreit, wird dies nicht gelingen. Vielmehr wird der Faschismus täglich weiter erstarken.





DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=

AUFNAHME



BESTANDSAUFNAHME #7

- SEYMOUR HERSH UND DIE AUFDECKUNG DER SPRENGUNG DER ERDGASLEITUN-GEN DURCH DIE USA: PULITZER-PREIS FÜR APOLUT?
- 25. FEBRUAR 2023 AM BRANDENBUR-GER TOR MIT SAHRA WAGENKNECHT UND ALICE SCHWARZER.
- BERLIN-QUAL: DAS NEUE WAHLFIASKO.

K.S.S.: Ich glaube, dass mit dieser gelenkten Demokratie nichts zu holen ist. Wir brauchen Direkte Demokratie. Ich bin mal gespannt, ob Sahra Wagenknecht, wenn sie eine Partei gründet, das einfordert. Wir bräuchten auch nicht alle vier Jahre eine Wahl, wir könnten das heute digital viel einfacher lösen. Die großen Fragen könnten einfach online gestellt werden: »Wollt Ihr Panzer für die Ukraine?«

- Aber ich glaube, da kennen die schon die Antwort, nämlich, dass die meisten sagen würden: »Nein, das möchte ich nicht!« Oder: »Wollt Ihr Frieden mit Russland oder wollt Ihr Krieg?« Da wäre es auch eindeutig und nicht »ja, nein, vielleicht«, sondern die Mehrheit will das nicht. Solange wir von denjenigen, die uns beherrschen das sind im weitesten Sinne immer noch die USA, die Europa als Hinterhof betrachten deren Demokratiemodell brav übernehmen und uns nicht dagegen auflehnen, wird sich bei uns überhaupt nichts ändern.
- Du, Anselm, als jemand, der von den Ordnungskräften in Berlin geknüppelt wurde, weil Du das Grundgesetz hochgehalten hast, was hättest Du Dir für den Ausgang der Wiederholungswahl in Berlin gewünscht?
- A.L.: Nicht nur vierzig Prozent, sondern einhundert Prozent Nichtwähler! Stattdessen selbstorganisierte Volksentscheide. Und zwar seriös selbstorganisierte Volksentscheide. Nicht irgendeine Fun-Veranstaltung im Sinne von, »wir wollten mal ein Zeichen setzen«, sondern in dem Sinne, dass die Leute ihr urdemokratisches Recht wahrnehmen.

In der Vorstellung trifft man sich auf der Athener Akropolis, um die wichtigsten Fragen des Gemeinwesens zu entscheiden, also dasjenige, was wir entscheiden müssen, weil es nicht der Einzelne für sich gestalten kann. Wir müssen ein paar grundlegende Entscheidungen treffen, und zwar die grundlegendsten. Die nachrangigen Entscheidungen können dann auch die Verwaltungen festlegen oder gewählte Parlamente...

Das heißt: Wir geben nicht unsere Stimme ab, sondern wir erheben unsere Stimme. – Klar, Mehrheitsentscheide haben auch viele Nachteile, aber immerhin wissen wir dann, woran wir sind. Wir wissen dann auch, dass Mehrheitsentscheide anders werden können und lernen selber. Einen solch würdigen Vorgang, einen solchen Aufbruch, würde ich uns Deutschen wirklich gönnen. Deutschland hat eine lange demokratische Tradition seit dem 18. Jahrhundert. Dass wir echte Demokratie können, haben wir mit Querdenken im Jahr 2020 bewiesen.

Dazu muss man wirklich mal sagen, es waren damit einmal deutsche Demokraten weltweit vorne. Und das waren echte Demokraten, also Menschen, die wirklich in der Lage wären, sich einem Mehrheitswillen unterzuordnen, weil sie sagen: »Wir wissen, dass alle hier das Beste wollen.«

Mehr Bestandsaufnahme über Apolut.net sowie DemokratischerWiderstand.de/Presseklub

Regierungskritikerin sucht aufrechten Widerständler

Captain Future organisiert seit drei Jahren Demonstration. Jetzt bringt er Menschen auch noch anders zusammen.

DW: Herr Future, drei Jahre Widerstand, fast 1.000 Demonstrationen. Wie sehen Sie die Lage?

Captain Future: Zwiegespalten. Selbst Herr Lauterbach hat jetzt zweimal seine eigenen Regeln als falsch bezeichnet, die Medien kippen langsam um. Aber gleichzeitig werden Leute auf meinen Demonstrationen verhaftet, wie mein Mitstreiter Olli, weil er sich einst nicht an diese Regeln gehalten hat und nun Strafe zahlen soll oder eben ins Gefängnis muss. Also im Februar 2023 werden immer noch Strafen rigoros durchgezogen, wegen Verordnungen, die jetzt sogar von höchster Stelle als falsch bezeichnet werden. – Es geht auf jeden Fall weiter mit den Demonstrationen und dem Widerstand.

Also keine Demonstrationsmüdigkeit?

Es geht. Bei der Freedom Parade sind tolle Leute, das motiviert immer. Und außerdem machen die Herrschaften einfach immer weiter. Wir müssen einfach einen Tag länger durchhalten als die. Als ich an Weihnachten bei meinen Eltern war, kam allerdings von meinem Bruder der Einwand, ich solle doch mal wieder machen, was ich beruflich gelernt habe. Das hat mich zum Nachdenken gebracht.

Was haben Sie denn gelernt?

(er lacht) Man kennt mich in der Demokratiebewegung als Demoorganisator, viele wissen, dass ich vor Corona Partys organisiert habe. Aber eigentlich bin ich Programmierer. Das habe ich gelernt und in diesem Beruf habe ich auch 20 Jahre lang gearbeitet.

Und was programmierst Du jetzt?

Mir kam die Idee, eine neue Kennenlernseite einzurichten für Menschen aus der Demokratiebewegung. Vor Kurzem erzählte mir auf einer Demonstration eine Frau, dass sie nun wieder in Clubs gehe, aber dort wirklich Schwierigkeiten habe, jemanden neu kennenzulernen, weil sie zuerst immer klären müsse, wie der andere in der Coronazeit unterwegs gewesen sei und jetzt zum Krieg stehe. Eine Internetseite erleichtert das natürlich enorm. Viele haben einfach



Captain Future in Leipzig Foto: CoronaBrowser 779

keine Lust, mit geimpften Mitläufern Zeit zu verschwenden.

In der letzten Woche haben wir einen Leserbrief erhalten und abgedruckt. Eine Dame bat uns darum, einen Kleinanzeigenteil in die Zeitung zu integrieren, mit einer Rubrik, um sich kennenzulernen. In ihrer Gegend hätte sie Schwierigkeiten mit Menschen in Kontakt zu kommen.

Das habe ich auch oft gehört. Wir sind in Berlin. Da ist klar, irgendwo ist immer eine Demonstration und wir haben hier auch Medien, die darüber berichten oder einladen. In einigen Regionen Deutschlands ist das einfach dünner gesät. Die Internetseite ist eben dafür da, damit sich Menschen kennenlernen können.

Es ist aber mal wieder digital.

das natürlich enorm. Viele haben einfach es einfach darum, dass die Menschen

miteinander in Kontakt treten können, um sich dann in der wirklichen Welt zu treffen.

Also kein Abdriften in die Cyberwelt?

Nein, das Gegenteil. Wichtig ist, dass wir Menschen uns wirklich treffen können, und wirklich an einem Ort sind. Da geht der Spaß erst richtig los. Wenn ich das nicht glauben würde, dann hätte ich in den vergangenen Jahren nicht Hunderte von Demos organisiert. Aber in diesem Fall ist das Digitale einfach ein einfaches Hilfsmittel. Auf der Seite gibt es auch einen Link zu Demonstrationen der Demokratiebewegung. Da hätte man auch gleich einen guten Termin für ein erstes Treffen. Es geht bei der Sache um Freundschaften, auch um Sexuelles. Das kann man aber klar eingeben.

Und die persönlichen Daten?

Die werden auf der Seite nicht gespeichert. Die ganze Kommunikation ist nur bei denen, die schreiben. Und ich verdiene damit auch kein Geld.

Warum eigentlich nicht? Du arbeitest und bietest den Leuten was.

Ich will den Leuten einfach erstmal etwas bieten. Wer will, kann spenden.

Und wann geht die Seite online?

Jetzt. Was denkst Du, warum ich Dir davon erzähle. Es geht um Werbung. Viele Leute sollen davon erfahren, dass es jetzt eine Seite gibt, wo man neue Menschen kennenlernen kann, von denen man weiß, wie sie ungefähr ticken und die einem sympathisch erscheinen. Menschen, die bei dieser ganzen Hetze und Kriegstreiberei einfach nicht mitmachen.

Dann brauchen wir jetzt noch den Link.

www.schwurbeltreff.de (er lacht).

Herr Future, ich danke für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Ja, aber was willst Du? Bei der Seite geht es einfach darum, dass die Menschen 2023 online. Die Internetseite www.schwurbeltreff.de ging Mitte Februar 2023 online. Die Nutzung ist kostenlos.

Briefe an die Redaktion

GLÜCKWÜNSCHE

Danke für Eure wichtige Arbeit. Ich freue mich jedes Mal auf eine neue Ausgabe und hoffe auf das Fortbestehen dieses sehr wichtigen Informationsflusses. Ich wünsche Euch und Eurer Zeitung eine ständig wachsende Abonnentenzahl.

– Gisela G.

KAMPF OHNE KAMPF – FÜNF THESEN ZUM ARTIKEL »JETZT« IN DW 117:

1. Gewalt- und Rachephantasien sind immer Ausdruck empfundener Machtlosigkeit. – 2. Wirkliche Selbstermächtigung passiert am effektivsten liebevoll und gewaltfrei. – 3. Durch Drohungen Angst zu erzeugen, ist eine mögliche Strategie, die sich jedoch im Paradigma von Kampf

und Kontrolle bewegt. Und darin kennen sich die Bekämpften sehr gut aus. – 4. Wir sind noch immer unbesiegt und somit wohl unbesiegbar. – 5. Kreative, von Liebe getragene gewaltfreie Aktion ist für die »Herrschenden« unberechenbar, unverständlich und somit wirklich beängstigend.

– Aus Westdeutschland

WIR SOLLEN DEREN LÜGEN UND VERBRECHEN BEZAHLEN

Ich war gestern ganz entsetzt, weil sich ab diesem Monat die Preise der Zuzahlungen der Krankenkassen ändern. Durch die kostenlosen, nutzlosen Coronatests und -impfungen und die Impfwerbungspropaganda sind die Kassen leer, und wir Patienten müssen dafür zahlen. Vielleicht könnt ihr in diese Richtung einmal recherchieren. Ich benötige seit einer Krebserkrankung

Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

Krankeneinlagen. Meine monatliche Zuzahlung dazu war jahrenlang 2,45 Euro. Seit Februar gibt es Pauschalen mit sogenannten Differenzbeträgen und nun sind es 11,70 Euro, die ich als Eigenbeteiligung jeden Monat bezahlen soll. Wir Patienten müssen nun deren Millionenverluste berappen, es ist einfach unerträglich.

– Klaus L.

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

1.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Kriegsakt gegen Deine Heizung

Die USA haben die zivilen Versorgungsleitungen für Erdgas in der Ostsee am 26. September 2022 gesprengt. Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh bestätigte nun das, was DW-Leser seit 1. Oktober 2022 wissen – und hat eine weitere aufschlussreiche Quelle.

änemark meldet zwei **Explosionen** im Meer. Aus Lubmin wird ein Druckabfall gemeldet. Auf See bilden sich gigantische Wirbel an der Wasseroberfläche. Rohstoffe im von zwei Milliarden Euro strömen massenhaft in die Ostsee bei Born-Die Versorgungsleitungen auf dem Meeresgrund sind Leck geschlagen, heißt es. Dann stellt sich heraus: Es ist ein Anschlag: Die USA haben am Montag die Versorgungsleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 mit Sprengsätzen zerstört.

Bereits am 7. Februar 2022 hatte es der unter dubiosen umständen inaugurierte US-Präsident Joseph Biden angekündigt: Der Washingtoner >Tiefe Staat< wird die Versorgungsleitungen in der Ostsee sabotieren. Für den 2. September 2022 hatten russische Nachrichtenagenturen bereits ein Manöver mit US-Militärhubschraubern über der Ostsee gemeldet, bei der auch Unterwasserdrohnen mit Sprengsätzen eine Rolle spielten.

Am 26. September 2022 nun war es soweit. Die US-Spezialtorpedos zerstörten am Nachmittag und in der Nacht von Montag auf Dienstag die Versorgungsleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in der Ostsee nahe der dänischen Urlaubsinsel Bornholm. Aus den Lecks strömt seither Massenhaft Erdgas ins Meer und bildet auf der Wasseroberfläche sehr große Wirbel. «

So berichtete der Journalist und DW-Gründer Anselm Lenz auf der Journalismusplattform Apolut.net bereits am 28. September 2022. Am 1. Oktober 2022 erschien dann die 106. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) – Schwarz auf Weiß - mit dem eingehenden Artikel. Am 8. Oktober unterlegten die Geopolitik-Experten Rainer Rupp und Hermann Ploppa in weiteren Originalbeiträgen des DW den Kriegsakt gegen die zivile Infrastruktur. Die weltführende Aufklärungssleistung des DW blieb nicht unwidersprochen, etwa: »Wer seid Ihr, dass ohne 1.000 Fußnoten unter dem Text etwas bewiesen zu haben glaubt?«, klagte auch manch kritischer Denker die DW-Autoren an. Doch diese Zeitung ist keine Eintagsfliege, sondern in mehreren Punkten einfach die absolute Nummer 1.

DW DURCH SEYMOUR HERSH BESTÄTIGT

Damit auch die offensichtlichste Wahrheit zum anerkannten Konsens wird, braucht es wohl immer noch einen, der es mit dem »offiziellen« transatlantischen Renommee aufschreibt. Der US-amerikanische Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh gab nun über vier Monate später den DW-Recherchen auf ganzer Linie Recht. Er bezieht sich dabei, wie so viele, nicht direkt auf unser Blatt, sondern nimmt unsere Grundlagen und erweitert sie um eine anonyme Quelle aus dem Polit- und Militärapparat der USA. Die Tageszeitung junge Welt veröffentlichte nun den Artikel Seymour Hershs in



»Der Krieg, den ich kenne, ist nicht der Krieg, über den Sie lesen. Es ist für mich erstaunlich, wie sie auf einer Linie liegen, meine Kollegen.«
Der Journalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh gab dieser Wochenzeitung in Sachen Sprengung der Nord-Stream-Pipeline recht, die bereits in ihrer 106. Ausgabe vom 1. Oktober 2022 die Wahrheit aufdeckte: Die USA haben die zivilen Erdgas-Versorgungsleitungen in der Ostsee zerstört. Foto: Legion Media

deutscher Übersetzung (11. Februar 2023). Das englischsprachige Original war zuvor von Hersh im Internet veröffentlicht worden. In Hershs Artikel heißt es: »Im vergangenen Juni brachten die Marinetaucher im Rahmen der Nato-Sommerübung namens Baltops 22 die per Fernzündung gesteuerten Sprengsätze an, die drei Monate später drei der vier Nord-Stream-Pipelines zerstörten. Das sagt eine Quelle mit direkter Kenntnis der Einsatzplanung. Zwei der Stränge, die unter dem Namen Nord Stream 1 bekannt sind, haben Deutschland und weite Teile Westeuropas mehr als ein Jahrzehnt mit billigem russischen Erdgas versorgt. Ein zweites Paar von Pipelines, Nord Stream 2 genannt, war bereits verlegt, aber noch nicht in Betrieb.«

Hersh führt weiter aus: »Nord Stream 1 war nach Ansicht der Nato und Washingtons schon gefährlich genug, aber Nord Stream 2, dessen Bau im September 2021 abgeschlossen worden war, hätte, wenn deutsche Regulierungsbehörden eine Freigabe erteilt hätten, die Menge an billigem Gas für Deutschland und Westeuropa verdoppelt. Die zweite Pipeline hätte außerdem genügend Gas für mehr als 50 Prozent des jährlichen Verbrauchs in Deutschland geliefert. Derweil stiegen infolge einer aggressiven Außenpolitik der Biden-Regierung fortwährend die Spannungen zwischen Russland und der Nato.«

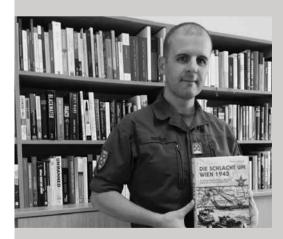
Seymour Hersh, der frühere Journalist der New York Times, der im Zuge der terrorhaften Gleichschaltungsbestrebungen im »Westen« trotz seines eigenen Weltruhmes in Ungnade gefallen war, nimmt Beug auf die Agenda des »Tiefen Staates« in den USA: Auch das bekannte Magazin Politico habe demnach den waghalsigen Kriegsakt gegen die Erdgasversorgung Europas besprochen. Der unter dubiosen Umständen ins Amt gebrachte US-Präsident Joseph Biden sei mit dem Verbrechen der Nord-Stream-Sprengung ein Risiko eingegangen, dass »Bidens Agenda wohl noch mehr gefährdet hat als der chaotische Rückzug des Militärs aus Afghanistan«, zitiert Hersh das Magazin. Die USA hatten ihre Besatzungstruppen im Jahr 2021 zwei Jahrzehnte nach der Invasion aus Afghanistan zurückgezogen (siehe DW59 vom 21. August 2021).

KRIEGSHANDLUNG GEGEN RUSSLAND UND DEUTSCHLAND

Hersh gibt seine Quelle aus dem imperialen US-Kriegspparat wieder: In Sitzungen um Joseph Bidens Stab »erörterten die Teilnehmer die Optionen für einen Angriff. Die Marine schlug vor, ein neu in Dienst gestelltes U-Boot einzusetzen, um die Pipeline direkt anzugreifen. Die Luftwaffe diskutierte den Abwurf von Bomben. (...) Die CIA vertrat die Ansicht, dass der Angriff in jedem Fall verdeckt erfolgen müsse. Allen Beteiligten war klar, was auf dem Spiel stand. Das ist kein Kinderkram«, sagte die Quelle. Wenn der Angriff auf die Vereinigten Staaten zurückgeführt werden könnte, »wäre das eine Kriegshandlung««.

Unser Kanzler wurde eingeweiht: »Am 7. Februar (2022), weniger als drei Wochen vor der scheinbar unvermeidlichen russischen Invasion in der Ukraine, traf Biden in seinem Büro im Weißen Haus mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz zusammen. (...) Bei der anschließenden Pressekonferenz sagte Biden trotzig: >Wenn Russland einmarschiert, (...) wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen. « Zwanzig Tage zuvor hatte bereits die berüchtige Staatssekretärin Victoria Nuland (bekannt durch das Zitat »Fuck the EU!«, zu deutsch etwa: »Auf den Müll mit der Europäischen Union!«) bei einem Briefing des Außenministeriums ebenfalls die Zerstörung der Fernwärmeleitungen verkündet, ohne dass die Presse darüber berichtet hätte. Das stellt auch Hersh fest.

»Mehrere an der Planung der Pipelinemission beteiligte Personen waren bestürzt über die ihrer Meinung nach indirekten Anspielungen auf den Angriff. >Es war, als würde man in Tokio eine Atombombe auf den Boden legen und den Japanern sagen, dass wir sie zünden werden«, sagte die Quelle. Der Plan sah vor, die Optionen nach der Invasion auszuführen und nicht öffentlich bekanntzugeben. Biden hat es einfach nicht kapiert oder ignoriert <. (...) In Washington wussten die Planer, dass sie nach Norwegen gehen mussten. >Sie hassten die Russen, und die norwegische Marine war voller hervorragender Matrosen und Taucher, die seit Generationen Erfahrung bei der hochprofitablen Ausbeutung von Öl und Gas in der Tiefsee hatten<, sagte die Quelle«, so der Pulitzer-Preisträger, »die Norweger könnten auch andere Interessen gehabt haben. Die Zerstörung von Nord Stream würde es Norwegen ermöglichen, weitaus mehr eigenes Erdgas nach Europa zu verkaufen«.



SO TRICKSEN DIE USA DIE NATO IN DEN WELTKRIEG

»Sie brauchen keine Nato-Soldaten in die Ukraine schicken. Ich ziehe meine Uniform aus, unterschreibe einen Vertrag und gehe in die Ukraine. Dann bin ich kein Angehöriger der österreichischen Streitkräfte mehr, sondern Vertragsbediensteter. Und das ist die Lösung, die wir sehen«, erläuterte Markus Reisner, Oberst des Generalstabs und Militärstratege in einer Veranstaltung der Diplomatischen Akademie Wien Ende Januar 2023. »Was man daraus schließen kann, ist,

dass sich eine hohe Anzahl an Söldnern in der Ukraine befindet, aber nicht (direkt) Nato-Soldaten«, so der promovierte Militärhistoriker und Jurist Reisner weiter. Den Mitschnitt der Podiumsdiskussion veröffentlichte die Diplomatenschule am 27. Januar 2023.

Der US-Apparat operiert also mit einer »gro-Ben Anzahl« an Söldnern, die er in Dienst der Kiewer Marionettenregierung stellt. Doch wie kommt es, dass in einem EU-Land die Wahrheit öffentlich ausgesprochen wird? - Die Republik Österreich ist kein Nato-Mitglied und formal neutral, das heißt, Österreich gehört (zumindest offiziell) keinem Militärbündnis an und es befinden sich (zumindest offiziell) nach dem Abzug der Roten Armee keine Besatzer mehr auf österreichischem Boden. In Deutschland, das seit 1945 im Wesentlichen von den USA und England besetzt gehalten und in entscheidenden Angelegenheiten unterdrückt wird, wären die Aussagen von Seiten offizieller Stellen, zum Beispiel aus dem aktiven Militär, nahezu unmöglich. (ale / Foto: Schmidt)

Wirtschaft



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE von Wolfgang Greulich

DIE BRAUCHEN KEIN ERDGAS?

Das EU-Parlament besiegelt das Aus des Verbrennungsmotors, der deutsche Mittelstand schaut zu. Seymour Hersh enthüllt über Nord Stream 1 und 2, was insgeheim eh viele schon gedacht haben, doch der deutsche Mittelstand schaut zu.

Anscheinend brauchen sie das Gas nicht oder die Preise sind ihnen schlichtweg egal. Eigentlich können wir die Liste an dieser Stelle fortsetzen, es endet immer damit: Der deutsche Mittelstand schaut zu. Es ist wirklich die Frage: Was muss denn eigentlich noch passieren, damit sich dieser deutsche Mittelstand seiner wahren Macht endlich bewusst wird? Die Wahlen in Berlin haben es uns doch wieder gezeigt, sie lieben es, ihre eigenen Entführer immer und immer wieder aufs Neue zu wählen. Bravo!

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind im Jahr 2022 um 61 Prozent gestiegen. Dieses eindeutige Signal für eine weiterhin starke Inflation hatten wir schon seit 1961 nicht mehr. Auch da, Schweigen im Walde. Das Brummen in den »Sozialen Medien« reicht nicht aus. Der notwendige Widerstand müsste ganz anders aussehen. Aber dazu sind die Mttelständler insgesamt wohl zu brav und gehorsam. Noch – immer noch.

Gleichzeitig gilt Deutschland als Paradies für die organisierte Kriminalität. Crica 100 Milliarden Euro fließen Jahr für Jahr aus kriminellen Geschäften in die Wirtschaft. Anscheinend sind die Bedingungen ideal, wundert auch nicht, wenn man so schaut, mit wem und was sich unsere Justiz so beschäftigt. Maskenverstöße, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Spielen auf einem Piano und mehr unterhaltsame Dinge sind dem Apparat wichtiger zu ahnden als echte Kriminalität.

Die wahren Verbrecher wurden aus Personalmangel frei gelassen, damit sie sich auch gleich in andere Länder absetzen können. Auch hier, ein ironisches Bravo! Spricht man mit dem Ausland, haben wir unseren guten Ruf verspielt. Unsere Autos haben Qualitätsprobleme, Besuchserlaubnis in der JVA gibt's per Fax, der Rest kommt mit der Post. Die Welt lacht, zurecht, aber es ist zum Heulen. Schiller, Goethe, Einstein und Humboldt und all die Anderen, kaum etwas ist davon übrig.

Es braucht wirklich einen Großen Reset, überwiegend den in den Köpfen von uns, den 99 Prozent. Es ist wichtig, selber die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen: Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

NORWEGENS BETEILIGUNG WIRD OFFENSICHTLICH

Und dann kommt Hersh mit seiner Quelle aus dem US-Apparat des Kriegsaktes zur Beschreibung der Durchführung des geplanten Verbrechens: »Irgendwann im März flogen einige Mitglieder des Teams nach Norwegen, um sich mit dem norwegischen Geheimdienst und der Marine zu treffen. Eine der wichtigsten Fragen war, wo genau in der Ostsee der beste Ort für die Anbringung des Sprengstoffs sei. Nord Stream 1 und 2 mit jeweils zwei Pipelines verlaufen bis zum Hafen von Greifswald im äußersten Nordosten Deutschlands größtenteils nur eineinhalb Kilometer voneinander entfernt. Die norwegische Marine fand schnell die richtige Stelle in den flachen Gewässern der Ostsee, einige Kilometer vor der dänischen Insel Bornholm. Die Pipelines liegen hier mit einem Abstand von rund zwei Kilometern in einer Tiefe von etwa 80 Metern auf dem Meeresboden. Das wäre in Reichweite der Taucher, die von einem norwegischen Minensuchboot der Alta-Klasse aus C4-Sprengladungen an den vier mit Beton abgedeckten Pipelines anbringen würden. Sicher eine mühsame, zeitraubende und gefährliche Arbeit, aber die Gewässer vor Bornholm haben einen weiteren Vorteil: Es gibt keine größeren Gezeitenströmungen, die das Tauchen erheblich erschwert hätten. Nach ein paar Nachforschungen waren die Amerikaner voll dabei... (Die norwegische Botschaft, die um einen Kommentar zu dieser Geschichte gebeten wurde, hat nicht geantwortet.)«

DIE SPRENGUNG DER ZIVILEN VERSORGUNGSLEITUNGEN

Doch was ist der Rahmen, um die Tat zu tarnen? »Seit 21 Jahren veranstaltet die amerikanische Sechste Flotte jedes Jahr im Juni eine große Nato-Übung in der Ostsee ... Baltic Operations 22 oder Baltops 22. Die Norweger fanden, dass das die ideale Gelegenheit für das Verlegen der Minen wäre. (...) Bei der Übung vor der Küste der Insel Bornholm sollten Taucherteams der NATO Minen verlegen ... Die Jungs aus (der Marinetaucherschule in) Panama City würden ihre Arbeit tun, und die C4-Sprengsätze würden am Ende der Marineübung an Ort und Stelle sein, versehen mit einem 48-Stunden-Timer. Alle Amerikaner und Norweger wären bis zur ersten Explosion schon lange weg. Der Countdown lief. Die Uhr tickte, und wir waren kurz davor, die Mission zu erfüllen«, sagte die Quelle.« Laut Hershs Quelle seien dann aber Zweifel



US-Kriegstreiber und Rüstungslobbyisten Donald Rumsfeld und Victoria Nuland (r.) während eines Gipfels der Nato-Organisation im Jahr 2005 im litauischen Vilnius. Die »Staatssekretärin für politische Angelegenheiten« wurde weltweit bekannt durch den öffentlich gewordenen Mitschnitt ihrer Aussage: »Fuck the EU!« Foto: US-Luftwaffe (gemeinfrei)

Das sind die größten Waffenhändler weltweit Anteil der Länder an den weltweiten Waffenexporten von 2016 bis 2020 37,0% 20,0% 8,2% 5,5% 5,2% 3,3% 3,2% 3,0% USA RUS FRA DEU CHN GBR ESP ISR

America First. Grafik: DW/Commons

in Washington aufgekommen, ob die Sprengung in zeitlicher Nähe zu den US-Nato-Manövern in unserer Ostsee geschickt sei. »Können sich die Jungs vor Ort etwas einfallen lassen, um die Pipelines später auf Kommando zu sprengen?«, sei aus dem Biden-Stab gefragt worden. Das erforderte technische Änderungen, die auch durchgeführt worden seien. Und das Ergebnis: »Am

26. September 2022 warf ein P8-Überwachungsflugzeug der norwegischen Marine bei einem scheinbaren Routineflug eine Sonarboje ab. Das Signal breitete sich unter Wasser aus, zunächst zu Nord Stream 2 und dann zu Nord Stream 1. Wenige Stunden später wurde der (Wochen zuvor angebrachte) hochexplosive C4-Sprengstoff gezündet, und drei der vier Pipelines wurden zerstört. Innerhalb weniger Minuten konnte man sehen, wie sich Methangas, das in den stillgelegten Pipelines verblieben war, an der Wasseroberfläche ausbreitete, und die Welt erfuhr, dass etwas Unumkehrbares geschehen war.«



»US-Beamte geben sogar zu, dass die Explosionen bei Nord Stream 1 und Nord Stream 2 von ihnen verursacht wurden. Jetzt sprechen sie sogar gern darüber«, so der russische Außenminister Sergej Lawroff zu Wochenbeginn im russischen Fernsehen. Foto: Ruptly

Eine Lachnummer, dass etwa die deutsche Verdummungszeitung Bild und andere Nato-Presse einmal wieder dem Russen die Schuld in die Schuhe schieben wollte. Hersh stellt klar: »Als sich einige Monate später herausstellte, dass die russischen Behörden in aller Stille Kostenvoranschläge für die Reparatur der Pipelines eingeholt hatten, schrieb die New York Times, diese Nachricht würde die >Theorien darüber, wer hinter dem Anschlag steckt, komplizierter machen«. Keine große US-amerikanische Zeitung ging auf die früheren Drohungen gegen die Pipelines ein, die von Biden und Staatssekretärin Nuland ausgesprochen worden waren.« (bat/jro/ale)

EUROPÄER GEGEN DIE VERARMUNG DES ABENDLANDES

In Europa gehen Millionen Menschen auf die Straße und demonstrieren gegen die Kriegspolitik, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und das EU-Diktat. Vom Europa am Vorabend einer demokratischen und sozialen Revolution | BERICHT von Felix Feistel

rankreich, Großbritannien und Spanien werden derzeit von immer neuen Wellen des Streiks und des Protests erschüttert. So gingen am Montag den 6. Februar 2023 in Frankreich laut Gewerkschaften 2,5 Millionen Menschen auf die Straße. Es war der dritte Protesttag innerhalb von drei Wochen. Dabei kam es auch zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Demonstranten. Tränengas und Wasserwerfer kamen zum Einsatz.

wild diskutiert, und ein Teil der linken Parteien versuchten, die Reform mit tausenden Änderungsanträgen zu Fall zu bringen.

MAL WIEDER REGIEREN DURCH NOTSTANDSVERORDNUNG

Die Rentenreform gilt als das Kernprojekt der Regierung Macron. Der Präsident hat aber im Parlament keine Mehrheit für die Reform, da sogar Abgeordnete seiner eigenen Partei zögern, ihre Zustimmung zu geben. Daher soll nun die Partei der Repu-

sogar Abgeordnete seiner eigezögern, ihre Zustimmung zu
er soll nun die Partei der Repuei
44

A
te
al
he
le
er

250.000 in Madrid am 12. Februar 2023. Foto: Videostill/Ruptly

Grund für die Streiks, Universitätsbesetzungen und Blockaden in Frankreich sind die Pläne der Regierung um Präsident Emmanuel Macron, das Rentensystem zu verändern. Dabei soll zwar einerseits die Mindestrente auf 1.200 Euro angehoben werden, andererseits steigt mit dem Geld aber auch das Renteneintrittsalter von derzeit 62 auf 64 Jahren und auch die Einzahlungsjahre für eine abschlagsfreie Rente sollen auf 43 erhöht werden. Schon jetzt gehen die wenigsten Franzosen mit 62 Jahren in Rente, da erst mit 67 eine abschlagsfreie Rente winkt. Zudem sollen das vielfältige Rentensystem mit vielen Privilegien für verschiedene Berufsgruppen »vereinheitlicht« und »Privilegien abgeschafft« werden, so der Regierungssprech. Die erste Parlamentssitzung, in der über das Thema verhandelt wurde, fand am 6. Februar 2023 statt, und war geprägt von Chaos. Es wurde blikaner mit Zugeständnissen zum Mehrheitsbeschaffer gemacht werden. Zudem könnte die Regierung eine verfassungsrechtliche Waffe zur Beschleunigung der Debatte einsetzen. Der Artikel 49.3 der französischen Verfassung ermöglicht es nämlich, Abstimmungen auf einen Zeitraum von 50 Tagen zu begrenzen, was den Senat mit einschließt. Zudem ermöglicht er eine Verabschiedung ohne Abstimmung, bei der die Opposition mit absoluter Mehrheit einen Misstrauensantrag stellen müsste, um das Ergebnis noch zu Fall zu bringen. Die Parlamentsdebatte soll bis zum 17. Februar andauern.

Macron ist für die Rentenreform jedoch nicht allein verantwortlich, sondern es gibt einen Bezug zur Europäischen Union. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hatte Frankreich eine Änderung des Rentensystems »empfohlen« und erinnerte kürzlich mit einer gewissern Ungeduld daran, dass die Regierung bisher noch keine konkreten Maßnahmen unternommen habe. Macron strebt für das Ende seiner Amtszeit ein hohes Amt in der EU an, und steht daher nun unter dem Druck, Durchsetzungsfähigkeit zu beweisen. Durch die Rentenreform will die französische Regierung zudem 10 Milliarden Euro jährlich einsparen. Frankreich unterstützt den Krieg der Ukraine gegen Russland mit mehreren Milliarden Euro und hat erst kürzlich eine Erhöhung des Militärhaushaltes auf 400 Milliarden Euro ab 2024 beschlossen.

BALD GENERALSTREIK IN GROSSBRITANNIEN?

Auch in Großbritannien gehen seit Monaten tausende Menschen auf die Straße. Vor allem Mitarbeiter des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) demonstrieren und legen ihre Arbeit nieder. Grund sind die extrem steigenden Kosten durch die Inflation. Auch Bahnmitarbeiter, Busfahrer, Lehrkräfte, Dozenten und Staatsbedienstete protestieren landesweit für höhere Löhne. Bei einer Inflation von 10 Prozent haben die Meisten von ihnen im vergangenen Jahr eine Lohnsteigerung von lediglich fünf Prozent erhalten. So fand mit rund 500.000 Beteiligten Anfang Februar der größte Streik der letzten zehn Jahre statt. Manche große Bahnstationen im Londoner Stadtzentrum sowie mehr als ein Dutzend Bahnlinien blieben geschlossen. Der Verkehr wurde im ganzen Land weitgehend lahmgelegt und das Militär wurde in Bereitschaft versetzt, um bei Grenzkontrollen helfen zu können. Das Unterhaus des britischen Parlament hat auf die schon seit Monaten andauernde Streikwelle mit dem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Streikrechtes reagiert, indem eine bestimmte Zahl von Mitarbeitern in Schlüsselindustrien auch während eines Ausstandes arbeiten sollen. Der Trades Union Congress (TUC), ein Dachverband für 65 Gewerkschaften in Großbritannien, ruft jetzt zu weiteren Streiks aus, und zwar gegen



Paris am 11. Februar 2023. Foto: Videostill/Ruptly

den Gesetzesentwurf. Während der Streik des NHS in Wales kurzfristig aufgrund eines verbesserten Angebotes der Regionalregierung abgesagt wurde, weigert sich der britische Premier Rishi Sunak nach wie vor, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die branchenübergreifende Streikwelle hatte im vergangenen Sommer begonnen und soll so lange fortgeführt werden, »wie es nötig ist«, wie Vertreter der Gewerkschaften erklärten.

In Madrid gingen am Samstag den 11. Februar 2023 je nach Schätzung zwischen 250.000 und einer Millionen Menschen auf die Straße, um gegen die Kürzungen im Gesundheitssystem zu protestieren. Am selben Tag gingen in Lissabon zehntausende portugiesische Lehrer auf die Straße. Es war das dritte Mal innerhalb eines Monats, dass Lehrer in Portugal protestierten. Grund sind die niedrigen Löhne, welche die durch die Inflation steigenden Ausgaben nicht mehr decken können.

MELDUNG

VORBEREITUNG AUF DEN EINMARSCH?

Washington/DW. Die US-amerikanische Regierung hat für ihre Bürger eine dringende Warnung vor Reisen nach Russland ausgesprochen. Das meldete die russische Auslandswelle *RT* am 13. Februar 2023. Zudem wurden alle US-Bürger aufgefordert, das Land so bald wie möglich zu verlassen. Grund dafür sei die Möglichkeit von Verhaftungen und falschen Verdächtigungen. Am selben Tag wurde bekannt, dass die USA ehemalige IS-Kämpfer anheuern, um in Russland Anschläge durchzuführen. (ff)

AUSWEITUNG DER KAMPFZONE

Paris/DW. Am Montag den 13. Februar veröffentlichte das französische Außenministerium auf ihrer Seite eine Reisewarnung für Weißrussland. Zudem wurden die Franzosen, die sich in dem Land aufhalten aufgefordert, Weißrussland so bald wie möglich zu verlassen. Schon kurz vor Beginn des Krieges in der Ukraine hatte es ähnliche Reisewarnungen westlicher Länder in Bezug auf die Ukraine gegeben. (ff)

PROTESTE IN ISRAEL

Jerusalem/DW. Am vergangenen Wochenende kam es in Israel zu erneuten Massenprotesten gegen die neue Regierung unter Benjamin Netanjahu. Grund ist die geplante Justizreform, die das höchste Gericht des Landes faktisch entmachten würde. Der Justizausschuss der Knesset billigte am Montag bereits einen Teil der Reform. Für eine Gesetzesänderung sind insgesamt noch drei Lesungen notwendig. (ff)

Dröhnendes Schweigen

Die internationalen Reaktion zur Hersh-Enthüllung Von Felix Feistel.

Die Enthüllung des investigativen Journalisten Seymour Hersh, dass die USA in Zusammenarbeit mit der norwegischen Marine die Nord Stream-Pipelines in die Luft gesprengt haben, wird international begleitet von einem sprechenden Schweigen.

Aus dem Westen kam die einzige Reaktion aus den USA selbst. CIA-Sprecher und Sprecher des Weißen Hauses stritten die Anschuldigungen ab und bezeichneten die Enthüllungen Hershs als »totalen Unsinn«. Klare Worte kommen hingegen aus Moskau.

So schrieb der Vorsitzende des russischen Parlaments, Wjatscheslaw Wolodin, auf dem Nachrichtendienst Telegram: »Biden schreibt sich in die Geschichte als Terrorist ein.« Der russische Außenminister Sergei Lawrow mutmaßt, dass der Grund des Anschlags die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland in den vergangenen Jahrzehnten gewesen sei. Ihm zufolge habe Russland mithilfe deutscher Technologie einen soliden Energiesektor entwickelt, welcher die Vorherrschaft USamerikanischer Konzerne gefährde. Auch die chinesische Regierung meldete sich zu Wort und verlangte von den USA »verantwortungsbewusste Antworten«.

Dass westliche Regierungen das Thema ignorieren ist auffällig. Da aber selbst die deutsche Regierung, welche die Sprengung von Nord Stream nicht einmal zu untersuchen für notwendig befand, sich angesichts der Anschuldigungen in Schweigen hüllt, ist es für keine

andere Regierung von Vorteil, sich zu Wort zu melden. Eine klare Verurteilung der USA oder die Forderung nach Aufklärung würde die Beziehung sowohl zu den USA, als auch zu Deutschland sehr belasten. Auch Regierungsund Konzernmedien berichten zurückhaltend und erschöpfen sich darin, zu behaupten, dass Seymour Hershs Enthüllungen vollkommen aus der Luft gegriffen seien. Als Zeugen zitieren sie dabei US-amerikanische Regierungsverlautbarungen. Auch hier sind es russische Medien, die den Anschlag thematisieren, und auch auf das Schweigen westlicher Medien eingehen. Einige chinesische Journalisten erklärten, dass angesichts der schockierenden Details die Welt ihre Beziehung zu den USA überdenken solle.



In Deutschland herrscht eine Meinungsdiktatur. Man kann seine Meinung zwar noch frei äußern, aber weicht diese vom Mainstream ab, muss man mit ernsthaften negativen Konsequenzen rechnen. Deshalb trauen sich immer weniger Menschen, ihre Ansichten und Gedanken offen kundzutun. Das gilt auch und insbesondere für Prominente – aber es gibt Ausnahmen: Mutige Politiker, Wissenschaftler, Ärzte, Juristen, Theologen, Stars aus Sport, Show und Fernsehen, die Rückgrat haben, Charakter beweisen und sich ihren Mund nicht verbieten lassen. Während sie im Mainstream oft geframt werden, kommen sie im Demokratischen Widerstand zu Wort und sprechen Klartext. Wir blicken zurück auf die spannendsten Interviews der vergangenen Monate (alle komplett abrufbar auf www.demokratischerwiderstand.de) und wagen einen Ausblick auf die kommenden Wochen.

»Je weiter sich e Wahrheit entferr jene hassen, die



Prof. Dr. Martin Schwab: »Wenn die Hetze nicht aufhört, schlittern wir in einen Bürgerkrieg!«

Der Rechtswissenschaftler und Professor der Universität Bielefeld sprach in **DW 86** (16. April 2022) über seinen alten Studienkollegen und heutigen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Stephan Harbarth, den Zustand unserer Demokratie, die üblen Diffamierungen gegen seine Person und warnte eindringlich: »Wenn die Hetze in der Politik und den Altmedien nicht aufhört, schlittern wir in einen Bürgerkrieg. Aber egal was passiert: Wir, die Gegner von *Lockdown* und Impfzwang, bleiben friedlich!«



Ernst Wolff: »Flucht? Nur nach vorn!«

Er gilt als der Finanzexperte schlechthin. Im Interview mit DW (Ausgabe 88 vom 30. April) klärt Ernst Wolff auf: »In meinen Augen wird die Inflation immer weiter in die Höhe getrieben. Sie hat ihren Grund nicht im Ukraine-Krieg, sondern in der ungebremsten Geldschöpfung der letzten Jahre. Hinzu kommt die Verknappung von Waren durch die Probleme bei den Lieferketten.« Gesprochen hat er im Zusammenhang mit dem Great Reset zudem über das Thema Auswanderung: Er glaubt, »dass das eine weltweite Agenda ist und man nirgendwo in Frieden gelassen wird. Es gibt vielleicht einige Länder, wo es besser ist, aber ob es das wert ist, dass man sich in eine andere Kultur begibt, eine andere Sprache lernen muss und unter Bedingungen lebt, die man eigentlich nur aufgesucht hat, um wegzulaufen. Ich glaube nicht, dass das die Lösung ist.«



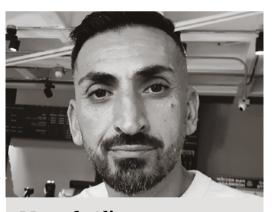
Peter Hahne: »Das Maß ist voll!«

In **DW 102** vom 27. August 2022 sprach der Publizist und Ex-ZDF-Moderator im Interview u. a. über den *Great Reset*: »Wir sind auf dem Wege dahin. Und was ich niemals gedacht hätte: Es geht in Lichtgeschwindigkeit. Das Volk sehnt sich ja förmlich nach *Lockdowns*. Durch die Hintertür wird mal eben unsere Gesellschaft umgebaut. Da geht es plötzlich um die Abschaffung des Bargeldes und um gravierende Einschränkungen unserer Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Ein Paradebeispiel für den gesellschaftlichen *Reset* ist dieses *Gender*-Gestotter, die gezielte Zerstörung unserer Sprache. Dahinter steckt eine Ideologie, die im Schatten von Corona und Krieg mal schnell durchgewunken wird. *Apropos* Bargeld: Dies ist das allerletzte Stück Freiheit, das wir noch haben. Daran halte ich mit Klauen und Zähnen fest.«



Thomas & Britta Berthold: »Wir trauen dem System nicht mehr!«

Der Fußball-Weltmeister von 1990 und seine Frau erzählten im Interview mit DW (Ausgabe 115), was sie im Widerstand während der Plandemie in Deutschland erlebten. Britta Berthold: »Wir sind häufig festgehalten worden und haben diese ständigen Ausweiskontrollen mitmachen müssen. Am Bahnhof zum Beispiel, wo Thomas erkannt wurde. Und natürlich, weil wir keine Masken trugen, wurden wir manches Mal drangsaliert.« Thomas Berthold: »Es gibt ein Urteil wegen des Masken-nicht-Tragens und eines Attestes. Der Arzt, der das Attest ausgestellt hatte, wurde infrage gestellt. Das Urteil wurde zwar zugestellt, aber nicht vollzogen. Ich habe die Strafe nicht bezahlt. Durch unseren Wegzug ins Exil, tun sich die Behörden schwer.«



Mustafa Alin: »Für die Unbeseelten wird es am Ende nicht gut ausgehen!«

In »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« spielte er einen Proll. Im wahren Leben steckt viel mehr in Mustafa Alin. Er durchschaute das Corona-Regime vom ersten Tag an und widersetzte sich ihm. Die Folge: Er landete im Knast! Nach seiner Freilassung floh er über Polen und Mexiko nach Kolumbien. Im Interview mit dem DW (Ausgabe 112 vom 19. November 2022) erklärte er, dass er im Gefängnis »große Angst vor einer Zwangsimpfung« hatte. Für den Kampf gegen den Great Reset ist der Schauspieler zuversichtlich: » Ob Transhumanismus, Digitalisierung, Pharma- und Klimadiktatur oder Genderwahn: »Die wollen willenlose Sklaven aus uns machen. Alles Göttliche soll zerstört werden - unsere Freiheit, unsere traditionellen Werte, unsere Kultur. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Für die Unbeseelten wird es am Ende nicht gut ausgehen.«

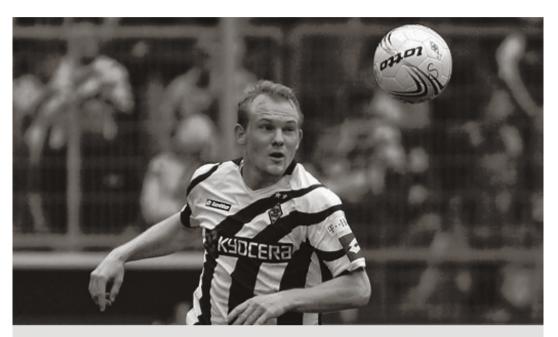
Dr. Friedrich Pürner: »Ich würde trotz der Konsequenzen alles wieder genauso machen!«

Der Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen und Epidemiologe war Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg (Bayern), ehe er nach mehrfachen kritischen Äußerungen über die Sinnhaftigkeit der Corona-Maßnahmen strafversetzt wurde. In **Ausgabe 91** (28. Mai 2022) sprach er über seinen persönlichen Weg in den vergangenen Jahren. Obwohl er für seinen Mut einen hohen Preis zahlen musste, würde er »alles wieder genauso machen«. Und weiter: »Ich weiß nicht, ob ich den Zeitpunkt meiner Rehabilitierung noch erleben werde, aber er wird kommen und wenn es 50 Jahre dauert.»

Eugen Drewermann: »Jesus war in meinen Augen ein Querdenker!«

Der weltbekannte Theologe, Unterzeichner des neuen Krefelder Appels vom November 2021, erklärte im Interview mit dem DW (**Jubiläumsausgabe 100** vom 6. August 2022): »In meinem Sprachgebrauch bleibt Querdenker ein positiver Begriff. Jesus war in meinen Augen ein absoluter Querdenker, Sokrates allemal; er dachte ja selbstständig, also niemals stromlinienförmig. Für mich ist das ein Wertbegriff geblieben.«

ine Gesellschaft von der nt, desto mehr wird sie sie aussprechen.« (George Orwell)



Tobias Levels: »Wir befinden uns mitten im Dritten Weltkrieg!«

Bereits im DW-Interview in *Ausgabe 83* vom 19. März 2022 fand der ehemalige Fußball-Bundesligaspieler von Borussia Mönchengladbach klare Worte hinsichtlich der Corona-Plandemie: »Mir war vom ersten Tag an klar, dass alles ein Bluff ist.« Auch zur Spritze äußerte sich Levels, der inzwischen als ganzheitlicher Gesundheitsberater tätig ist, unmissverständlich: »Ich werde mir dieses Gift niemals injizieren lassen.« In **DW 113** legte er nach, sprach über die Ereignisse rund um die Fußball-WM in Katar, die hohe Zahl an medizinischen Notfällen im Leistungs- und Breitensport und den *Great Reset*: »Wir befinden uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Es ist ein Krieg, der auf eine andere Art und Weise geführt wird. Es ist ein Kampf zwischen Gut und Böse, bei dem wir die Chance haben, das Pendel in die richtige Richtung anzustoßen.«



Uwe Steimle: »Früher linke Sau, heute rechtes Schwein!«

Als Schauspieler wurde Uwe Steimle deutschlandweit bekannt durch seine Rolle als Hauptkommissar Jens Hinrichs in der Serie »Polizeiruf 110«. Zudem ist er der wohl bekannteste ostdeutsche Kabarettist. Der zweifelnde Sachse zeigt politisch eine klare Haltung. Das *Framing* der Altmedien macht dabei vor ihm nicht Halt. Nachdem bekannt wurde, dass er sich »impfen« ließ, wurde er massiv angefeindet. Für viele war er fortan ein Wendehals und Verräter. Steimle im Interview mit dem DW (Ausgabe 120 vom 28. Januar 2023): »Ich weiß, dass ich mir selbst nichts vorzuwerfen habe. Irren ist menschlich. Ich muss an meinem Charakter arbeiten, nicht an meinem Ruf, für den kann ich ja nichts. Die Leute sagen über mich ohnehin, was sie wollen. Ich galt jahrelang als linke Sau, heute bin ich ein rechtes Schwein und werde wahrscheinlich als veganes Schnitzel enden. Die Menschen, die immer sofort alles besser wissen, gehen mir mächtig auf den Zeiger. Für mich ist der Zweifel mein Lebenselixier. Der großartige Sir Peter Ustinov sagte: »Wer nicht zweifelte, ist verrückt.« Die einzigen Machthaber in der Geschichte, die nicht zweifelten, waren Adolf Hitler und Wolodymyr Selenskyj. Solche Menschen sind mir unheimlich.«



Jürgen Fliege: »Wir können uns nicht alle in die Zelle von Michael Ballweg drängeln!«

Der evangelische Theologe erklärte in DW 115 vom 10. Dezember 2022, dass Gott ihm in dieser schwierigen Zeit sehr hilft. »Mit Gott zu leben, heißt nicht, ihn dauernd um irgendwas zu bitten, sondern seine Gegenwart wahrzunehmen. Dann findet man Trost und Zuversicht.« Und er verriet, was ihn trotz Spaltung der Gesellschaft und einer immer totalitärer werdenden Politik zuversichtlich stimmt: »Bis zum Frieden brauchen wir einen langen Atem. Gutes wächst auch im Garten nicht von heute auf morgen. Aber ich bin guter Dinge. Denn was soll man mit uns machen? Die Gefängnisse sind demnächst schon voll mit >klebenden Menschen von Extinction Rebellion (etwa: Rebellion gegen die Auslöschung) und anderen radikalen Umweltschützern. Wir können uns ja nicht alle in die Zelle von Michael Ballweg drängeln. Daher meine Ansage an die Mächtigen: Wir werden uns in Geduld üben und beharrlich bleiben. Kommt damit klar!«

Fotos: Anja Musculus-Viehöfer, Axel Rothkehl, Olaf Kozany/CC, Jan Roeder/München, uwesteimle.de, privat

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

In Kürze im DW

Für unsere kommenden Ausgaben liegen uns bereits Interviewzusagen vor, u. a. von einer renommierten Bestsellerautorin, einer namhaften Schauspielerin und einem angesagten Comedian. Auch sie werden im Demokratischen Widerstand kein Blatt vor den Mund nehmen ...



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserschaft,

so viele Männer auf dieser Seite, wobei doch die neue deutsche Demokratiebewegung seit 28. März 2020 auf der Straße teils über die Hälfte Frauen aufweist? – Ja, auf dieser Seite ist es einmal so, ansonsten legen wir großen Wert darauf, dass es nicht einseitig wird, sondern beide Geschlechter zu Wort kommen. Das zeigt sich im DW über nunmehr 122 Ausgaben hinweg auf ganz natürliche Art und Weise. Man denke nur an die großartige Krankenschwester und Preisträgerin der Republik Sabrina Kollmorgen und Hunderte weitere Frauen, die hier wie in der Demokratiebewegung ganz vorne stehen! Nun wird auch diese 122. Ausgabe nicht die letzte sein. Dies, weil sich viele neue und frühere Abonnentinnen und Unterstützerinnen (m/w) nach unserem Aufruf daran erinnert haben, dass sie diese Zeitung in der Welt wissen wollen; nicht notwendig und nicht möglich – mit jedem einzelnen Wort einverstanden zu sein. Die Autorschaft ist eben demokratisch plural, denn schließlich sind wir der demokratische Widerstand. Aus den vielen Perspektiven wird ein Ganzes mit Mehrwert.

Wir möchten diese Zeitung erhalten und weiter ausbauen. Derzeit arbeiten wir noch unter völliger Selbstausbeutung und mit einem viel zu kleinen professionellen Stamm in der Durchführung unserer Zeitung. Wir wurden für soviel Arbeit zuletzt auch noch von einigen wenigen schäbigen Bloggern angegriffen, denen wir überhaupt erst das gedruckte Wort ermöglicht hatten. Die Unkenntnis darüber, wieviel Arbeit eine gedruckte Wochenzeitung macht, und wieviel Können und Willen das erfordert, ist leider weit verbreitet - und dagegen ein achtloser Satz im Internet schnell abgefeuert. Diese 122. Ausgabe wird nicht die letzte sein, aber wir müssen strukturelle Fortschritte machen, wachsen. Wir möchten weitere Jahresabonnenten (demokratischerwiderstand.de oder Seite 16), Verteiler (Seite 7) und auch solvente Förderer an unserer Seite wissen! Letztere haben hier im folgenden die haltbarste Möglichkeit, uns anzufeuern, damit die Flamme nicht erlischt.

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 BIC: QNTODEB2XXX, Verwendungszweck: Crowdfunding

Angesichts eines Polit- und Medienapparates, der sich selbst deligitimiert hat, indem er sich einer Putischisten-Clique anheim gab, bekennen wir uns glasklar zur Demokratie – und das seit 28. März 2020. Denn der Fünf-Punkte-Plan feit uns vor Bonapartes und anderen Glücksrittern, die die gegenwärtige terrorhafte Elitenherrschaft auch wieder nur durch sich selbst und die eigene Bande ersetzen wollen.

- 1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.
- 2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.
- 3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.
- 4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.
- 5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUND-GESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Die Aufgabe unserer Generationen: Wir werden den alten Apparat abstreifen und uns aus uns selbst heraus demokratisch emanzipieren und demokratisch rundum-erneuern – auf Basis des Grundgesetzes (immer auf Seite 16 dieser Zeitung, siehe auch NichtOhneUns.de), für Fairness, Frieden und Freiheit. Unsere Domäne dabei: Aufarbeitung und unsere Zukunft als Zeitung für Verfassungserneuerung aus dem Volk. Gehen wir gemeinsam weiter – bis zum umfassenden Sieg! Herzlich achtungsvoll grüßt und dankt,

Anselm Lenz | Journalist, Verleger

Feuilleton



Im Mai 2022 stürmten Weimar mit ihrem Debütalbum »Auf Biegen und Brechen« die Charts. Nun stehen Sie im Kreuzfeuer der Kritik und erleben *Cancel Culture* vom Feinsten. Promofoto: Facebook Weimar Offiziös

EINMAL FALSCH ABGEBOGEN, FÜR IMMER GEÄCHTET?

Nichts Neues: Wer das System, das mit einem demokratischen Rechtsstaat nicht mehr viel zu tun hat, kritisiert, wird unschädlich gemacht. Dies gelingt umso leichter, wenn man rechtsradikale Jugendsünden ausgraben kann. Diesmal im Visier: Die Rockband Weimar. Wie so oft wird auch in diesem Fall mit zweierlei Maß gemessen. | Von Klaus Müller

as umstrittene und von Bill Gates gesponserte Relotius-Blatt *Der Spiegel* enthüllte am 9. Februar, dass Teile der vierköpfigen Rockband Weimar aus der Neonaziszene stammen. Zudem sollen ihre *Song*texte demokratiefeindlich, gewaltaffin und judenfeindlich sein.

Die Folgen: Die Plattenfirma Universal Music distanzierte sich umgehend. Auf den Streamingplattformen wurden Videos und Musik offline genommen, der Online-Shop geschlossen, die bevorstehende Deutschland-Tour gecancelt, mehrere Festivals nahmen die Gruppe aus ihrem Programm, Radiosender verbannten sie aus ihren Playlists. Die Mainstreampresse triumphierte schadenfroh: »Thüringer Band als Neonazi-Projekt entlarvt«, schrieb etwa die Leipziger Zeitung. Drei Tage später nahmen Weimar in einem ausführlichen Statement auf ihrer Facebookseite Stellung zu den Vorwürfen. Berichtet wurde darüber – freilich nicht mehr. Doch der Reihe nach: Im Mai 2022 war die Rockband aus Thüringens Kulturhauptstadt mit ihrem

Teile tete bereits in Ausgabe 92 vom 4. Juni 2022 über die Musiker, wie auch der Spiegel – vielen Dank für die Erwähnung – zutreffend feststellte). Ein beachtlicher Erfolg für Kurt Ronny Fiedler, Till Schneider, Valentin Tod und Richard Wegnar, wie sich die vier Bandmitglieder, die stets mit schwarz-weißen Masken auftreten, nennen. Doch ihr Erfolg muss einigen gehörig gegen den Strich gegangen sein. Kein Wunder, denn neben ihren sofort ins Ohr gehenden rockigen Melodien treffen vor allem ihre systemkritischen Texte voll ins Schwarze und sprechen vielen Menschen aus der Seele.

Debütalbum »Auf Biegen und Brechen« auf

Platz fünf der Charts geschnellt (DW berich-

WEIMAR TREFFEN MIT IHREN SONGS DEN ZEITGEIST

Die *Spiegel*-Schreiberlinge beschäftigt u. a. der *Song* »Im Wahnsinn gefangen«, weil es darin heißt: »Wir fahren mit voller Wucht an die Wand.« Das »Wir« interpretiert der *Spiegel* als »Deutschland«, was naheliegt, auch wenn die *Band* in ihrem *Statement* auf diesen »kleinen aber entscheidenden Unterschied« hinweist. Wie ist es denn um unser Land bestellt? Im Coronafaschismus wurde die Gesellschaft gespalten. Ohne jegliche Evidenz wurden Millionen Menschen auf geschichtsvergessene Art und Weise ausgegrenzt, andere unter massiven Druck

in Giftspritzen getrieben. Kindern wurden psychische Störungen zugefügt, Alte ließ man einsam sterben. Als wäre all das nicht schon schlimm genug, werden wir in einen Krieg geführt, den die überwältigende Mehrheit des Volkes ablehnt, zudem forciert man die Deindustrialisierung und damit die Zerstörung der Wirtschaft. Wie könnte man diese Umstände passender beschreiben als Weimar es (vermeintlich) tun? Ihre Lieder sind ganz und gar nicht demokratiefeindlich, unsere Politik ist es in zunehmendem Maße. Und wir alle wissen es längst aus eigener Erfahrung: Jeder, der in dieser Meinungsdiktatur nicht »auf Linie ist«, wird als Demokratiefeind oder Rechter geframt.

Zitiert wird im *Spiegel*-Bericht auch aus dem *Track* »Zur Freiheit«. Bei einer Zeile wie »Holt euch die Straße zurück – Stein für Stein, Stück für Stück« mag mancher spontan an den Grünen Joschka Fischer denken, der einst eine beeindruckende Karriere vom Steinewerfer zum Außenminister hinlegte. Übers Steinewerfen singen Weimar allerdings gar nicht. Allenfalls könnte es sich dabei um einen Aufruf zum Widerstand handeln. Dieser ist in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.

LINKS-GRÜNE DÜRFEN SICH ALLES ERLAUBEN

Deutlich problematischer sind andere Texte: »Advent, Advent – ein Bulle brennt, erst eins, dann zwei, dann drei...« Gewaltaffin? Ja, das wäre noch sehr verharmlosend formuliert. Blöd nur, dass diese Zeilen nicht von Weimar stammen, sondern von der Punkband Harlekin, in der die heute amtierende Justizministerin Sachsens, Katja Meier (natürlich eine Grüne), in den 90er-Jahren Bassistin war. Heute distanziert sie sich davon, lehnt »jegliche Form von Gewalt« ab. Und damit ist die Sache erledigt. So einfach ist das. Jedenfalls wenn man links-grün ist. Was für eine elende Heuchelei! Weimar dagegen bringen in »Alles Lüge« zum Ausdruck, dass gewisse fremdenfeindliche Vorurteile nicht stimmen: »Nicht jeder Moslem« sei ein Taliban und »nicht jeder Pole klaut.« Klingen so Neonazis? Warum wurden diese Passagen im Spiegel nicht erwähnt? Passten diese Zeilen etwa nicht ins Bild, das man für die Leserschaft zeichnen wollte? Dass Weimar auf Facebook zu Spendenaktionen für krebskranke Kinder oder die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien aufriefen, passt ebenso wenig ins betriebene Framing. Aber »Von Wölfen und Ratten» sei antisemitisch, weil »die Nationalsozialisten gerne sich und Juden verglichen haben« mit diesen Tieren? Auch dieser Vorwurf wirkt absurd und wie die komplette Kritik an den *Song*texten wild konstruiert.

Apropos »Alles Lüge«! In dem Song werden die Medien als »gekaufte Marionetten« bezeichnet, denen man nichts glauben solle, was man nicht selbst gesehen hat. Ein Lied, durch das sich der eine oder andere Mainstream-Journalist möglicherweise angegangen fühlt. Dabei sind – Achtung, Satire – der ÖRR und die Altmedien doch bekannt für unabhängigen, fairen und ausgewogenen Journalismus. In der Weimar-Vorgängercombo Uncore United hieß der Titel übrigens noch »Medien-Huren«. Wie passend!

Keine Lüge ist, dass Till Schneider, mit bürgerlichem Namen Konstantin P. (45), und Christian P. (37) alias Richard Wegnar eine Neonazi-Vergangenheit haben. »Diese Vorwürfe sind korrekt», räumen die beiden in einer der Band vorgeschalteten Erklärung auf Facebook ein. »Wir möchten nichts relativieren. [...] Konstantin war in seiner Jugend bis Ende der 90er-Jahre und Christian von zirka 1998 bis 2008 ein Teil der rechtsextremen Szene in Thüringen. Wir beide waren in diesen Zeiträumen zwischen 13 und 23 Jahre alt.» Es bedarf keiner Diskussion, dass ihre rechtsextreme Vergangenheit zu verurteilen und in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Und diese hätten sie, wie sie in ihrem Statement selbst einräumen, von Anfang an klar kommunizieren müssen. Allerdings: Diese Zeit liegt lange zurück. Die beiden versichern, dass sie nicht mehr in der rechtsextremen Szene aktiv sind. Darüber hinaus distanziert sich die Band »ausdrücklich von Gewalt, Extremismus jedweder Form, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie. [...].« Das Projekt Weimar sei »gesellschaftskritisch«, habe aber »rein gar nichts« mit der Rechtsrockszene zu tun. Das alles klingt glaubhaft. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln. Sofern nicht das Gegenteil belegt werden kann, haben die Jungs eine zweite Chance verdient. Statt wie üblich die Moralkeule zu schwingen, sollte eine Gesellschaft froh sein, wenn Menschen, die in jungen Jahren auf die schiefe Bahn geraten sind, ihr Weltbild, ihre Gesinnung und Ansichten zum Positiven ändern. »Wir als Band vertreten die Meinung, dass es für ein harmonisches Miteinander notwendig ist, Reue zu akzeptieren. [...] Würde die Gesellschaft Menschen, die sich ändern, eine Chance geben, würden sich vielleicht auch mehr Menschen ändern«, schreiben Weimar in ihrer Erklärung.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ SPRINGT WEIMAR ZUR SEITE

Das Profilbild der *Band* auf *Facebook* ist nun schwarz. Eine Interviewanfrage des *DW* blieb bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe unbeantwortet. Leider ist es so, dass Reue über längst verjährte Jugendsünden für viele nicht von Belang ist, sofern es um Rechtsextremismus geht. Dabei verweist sogar Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer, der von Linken-Politikerin Katharina König-Preuss im Fall Weimar heftig attackiert wurde, in der *taz* darauf, dass seine Behörde erhobene Daten nach spätestens zehn Jahren zu löschen habe, sofern »Betroffene nicht mehr für uns erkennbar extremistisch in Erscheinung treten.«

Faschismus – egal aus welcher Ecke er kommt – ist menschenverachtend und verabscheuend. Aber die Lehre aus dieser Geschichte ist zum wiederholten Male: Menschen, die eine rechtsextreme Vergangenheit haben, werden – etwa als Künstler – für immer geächtet. Andere dagegen, die eine linksextreme Vergangenheit in ihrem Lebenslauf haben, können Jahre später sogar hohe politische Ämter besetzen. Linksfaschismus ist im »besten Deutschland aller Zeiten« eben kein Problem.

BANANE IN MÜNCHEN



Der Popmusiker Björn Banane veröffentlicht dieser Tage von seinem Album »Neuanfang« den Titel »Impfschaden« (Bild vom Videodreh, Bericht in DW121). Am Samstag soll in München ein Konzert des Musikers zusammen mit dem Pianisten Arne Schmitt stattfinden, weitere Konzerte, unter anderem am 18. März in Köln. Der Ort wird jeweils den Ticketkäufern 24 Stunden vor Beginn bekanntgegeben (bjoern-banane.com). (ale)

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DAS ZEITUNGSWUNDER
2020 BIS ...?
Die Worhenzeitung Dem

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 122 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 51 vom 19. Juni 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo

Feuilleton

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich. Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE **MANIFEST** Anonym Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-9-1



DIE CORONA-LITANEI Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens Dr. Werner Köhne Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-8-4



CHRONIK EINER ABRECHNUNG Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-7-7



ILLEGALE KRIEGE Wie die Nato-Länder und UNO sabotieren **Daniele Ganser** Westend-Verlag ISBN: 978-3-864894121



LETZTE TAGE Verkannte und vertuschte Todesursachen berühmter Personen **Gerd Reuther Engelsdorfer Verlag** ISBN: 978-3-96940-436-2



ZEITENWENDE Corona, Big Data und die kybernetisch Zukunft Andrea Komlosy Promedia-Verlag ISBN: 978-3-85371-505-5



»MÖGE DIE GESAMTE REPUBLIK MIT **DEM FINGER AUF SIE ZEIGEN.«** Das Corona-Unrecht und seine Täter Marcus Klöckner Jens Wernicke Rubikon-Verlag ISBN: 978-3-967890358



SCHÖNE NEUE WELT 2030 Vom Fall der Demokratie und dem Aufstieg einer totalitären Ordnung Ullrich Mies (Hg.) Promedia-Verlag ISBN: 978-3-85371-491-1



JAHRES-CHRONIK DER **DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21** Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22 Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek Sodenkamp & Lenz Verlagshaus ISBN: 978-3-9822745-4-6

Buch der Exilanten

m Laufe der letzten zweieinhalb Jahre haben Hunderttausende Menschen ihre europäischen Heimatländer verlassen. Sie waren angewidert vom verbrecherischen Treiben ihrer Regierungen. Sie konnten die gesellschaftlichen Verwüstungen nicht länger ertragen, die gleichgeschaltete Parteien und mediale Hetzer- und Hofschranzen angerichtet haben.

Sie flohen vor dem Corona-Staatsterror, dem beschämend-unterwürfigen und ignoranten Verhalten ihrer Mitmenschen oder aber auch vor den möglichen Auswirkungen der seit weit mehr als einem Jahrzehnt vorbereiteten Nato-Russland-Konfrontation mit der Ukraine als Sollbruchstelle. Sie flohen ins politische Exil, um eine neue Existenz im »Irgendwo« zu gründen. Andere wollen sich nicht ausbürgern lassen, sondern verbleiben trotz der für sie schwer erträglichen Zustände im eigenen Land.

Sie verließen das Land: In einem neuen Sammelband des DW-Autoren Ullrich Mies werden die Motive berichtet, warum soviele Ärzte, Journalistinnen, Anwälte die BRD verlassen haben - und warum in Deutschland nach 1933 sowie in den zurückliegenden zweieeinhalb Jahren ein neuer »Braindrain« (etwa: Abfließen von Gehirn) stattgefunden hat. Einige Autoren begründen aber auch, warum sie im eigenen Land verbleiben und weiter gegen politische Unterdrückung sowie



Illustration von Rolf Geissler aus dem Buch »Auswandern oder Standhalten«

die planvolle Zerstörung Europas durch die Ideologen des »Great Reset« und die Psychopathen des Transhumanismus kämpfen.

> SHOULD I STAY OR SHOULD I GO?

Der Band mit dem Doppeltitel »Auswandern oder Standhalten? - Politisches Exil oder Widerstand?« wird eingeleitet mit einem Text des Herausgebers Ulli Mies, der mit den faschistoid-neofeudalen Zuständen gnadenlos abrechnet. Originalbeiträge lieferten unter anderem die Demokratinnen Andrea Drescher und Sophia-Maria Antonulas sowie der Gründer der neuen Demokratiebewegung seit 28. März 2020 Anselm Lenz. In den

Opfer an seinen Täter. Diese Bindung sollen

wir lösen und so innerlich wieder frei werden

von denen, die uns Schaden zufügten. Indem

wir »ver-geben«, geben wir die Schuld an

den Täter zurück. Wir tragen zwar weiter die

Sammelband wurden einige Grafiken des verstorbenen Neusser Grafikers Rolf Geissler aufgenommen (Bild zu diesem Artikel). Das Buch ist soeben in deutscher Sprache beim niederländischen Verlag »De Blauwe Tiger«, Groningen, erscheinen. (bat)



SPORT MIT BERTHOLD

FREIHEIT IST DURCH NICHTS ZU ERSETZEN

Da wir ja ins Ausland gegangen sind und das ganz bewusst nicht an die große Glocke hängen, kann ich nach 18 Monaten sagen: Unter den aktuellen Bedingungen in Deutschland haben wir alles richtig gemacht. Für Deutschland spricht gar nichts mehr.

Die Entscheidung muss jeder selbst abwägen, aber man wächst auch mit den Herausforderungen. Für uns ist die Freiheit durch nichts zu ersetzen. In der Schweiz fühlt es sich anständiger an, der Diskurs findet statt und Menschen mit einer anderen Haltung werden nicht geframet. Durch das Referendumrecht kann der Bürger über alles entscheiden. Das ist für mich die einzige direkte Demokratie.

Andere Länder kann ich nicht beurteilen. Einfluss kann man von überall geltend machen, da spielt der Standort keine Rolle. Die Menschen sollen sich lokal vernetzen und auf kommunaler Ebene etwas bewegen.

Das ist auch ein Entwicklungsprozess, der Zeit braucht, aber auf den Messias zu warten, ist sinnlos. Im Sport wie im weiteren Gesellschaftlichen muss man schon selber wirksam werden. Eine »Rettung«, die wie ein Geschenk von außen kommt, findet auf Erden jedenfalls nicht statt. Der Prozess dahin muss immer organisiert und erwirkt werden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



VERGEBUNG UND VERSÖHNUNG

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

ma: Beziehungsklärung! Wie kann Shalom, also umfassender Frieden, wieder hergestellt werden zwischen Mensch und Gott und zwischen den Menschen? Die höchste Antwort finden wir beim Sohn Gottes, der am Kreuz die Basis dafür schuf. Er lehrt im Vaterunser: »... und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern«. Dazu vier Gedanken:

- 1. Wir sollen Gott um Vergebung unserer eigenen Schuld bitten. Dazu gehört, dass ich erkenne, dass auch ich Schuld auf mich lade und nicht dem Maßstab des heiligen Gottes entspreche. Selbsterkenntnis ist schmerzhaft - aber schützt mich vor Narzissmus und öffnet mein Leben für Gnade. Wer Vergebung vom Höchsten annimmt, geht aufrecht und demütig zugleich.
- 2. Wir sollen anderen vergeben. So wie Gott mich durch seine Gnade freispricht, soll auch ich den anderen los-binden von seiner Schuld an mir. Schmerz, Hass und Wut binden das

Wunden und Konsequenzen, lösen uns aber aus seiner Bindung. Das bewahrt uns vor der Last des »Nach-tragens« und vor Bitterkeit. Das schließt durchaus ein, den Täter mit seinen Taten zu konfrontieren, zum Beispiel vor ein Gericht zu bringen und Wiedergutmachung einzufordern - aber mit Abstand und ohne Erfolgsdruck. **Die Bibel kennt ein zentrales The-** 3. Wir sollen Gott Richter sein lassen. Pau-

- lus schreibt den Christen in Rom, die im Kaiserreich einen schweren Stand hatten: »Rächt euch nicht selbst, meine Lieben, sondern gebt Raum dem Zorn Gottes; denn es steht geschrieben: Die Rache ist mein; ich will vergelten, spricht der Herr.« (Röm 12,19) Gott verbürgt sich, Gerechtigkeit herzustellen - zu seiner Zeit und in Ewigkeit. Jeder Mensch muss sich vor dem ewigen Richter verantworten. Racheverzicht bewahrt uns vor Verstrickung mit dem Täter und vor neuer eigener Schuld.
- 4. Wir sollen uns versöhnen, insofern die Schuld und die Schuldursache bereinigt ist. »Wenn möglich, soviel an euch ist, lebt mit allen Menschen in Frieden!« (Röm 12,18). Wenn Täter aber ihre Schuld weder einsehen noch böse Taten bereuen, nicht um Vergebung bitten und Wiedergutmachung verweigern, dann ist Versöhnung nicht möglich. Wir dürfen dem Gericht Gottes vertrauen.

Die Autorin veröffentlicht hier anonym, da die Nennung ihres Namens ihre berufliche Existenz gefährdet. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Samstag, 18. Februar 2023

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. 3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittel-

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die

verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen

und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

 (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
 (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

(1) Das gesa<mark>mte Schul</mark>wesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erzie<mark>hungsberechtigten ha</mark>be<mark>n das Re</mark>cht, über <mark>die Teiln</mark>ah<mark>me d</mark>es Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religions gemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen <mark>wird ge</mark>währlei<mark>stet. Private Schulen als Ersatz fü</mark>r öffentliche Sc<mark>hule</mark>n b<mark>edürfen</mark> der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht. (6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

(1) Al<mark>le Deutschen ha</mark>be<mark>n das R</mark>echt, sic<mark>h ohne Anme</mark>ldu<mark>ng oder Erlaub</mark>nis <mark>friedlich und ohne W</mark>affen zu versammeln.

(2) Fü<mark>r Ve</mark>rs<mark>ammlungen unte</mark>r freiem Hi<mark>mmel</mark> k<mark>ann d</mark>ies<mark>es Recht durch Gesetz</mark> oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt we<mark>rden.</mark>

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Z<mark>wec</mark>ke o<mark>der deren Tätigkeit den Strafge</mark>setzen zuwi<mark>derlaufen oder die sich gegen die verfas</mark>sun<mark>gsm</mark>äßige

Ordeningungen, deren zwecke oder deren Taugkeit den Stratgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Ge-

setz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die

Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen. (4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfinfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die Desondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden. (4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. (5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die

Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16 1) <mark>Die d</mark>eut<mark>sche</mark> Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Ge-

setzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union o<mark>der a</mark>n <mark>einen internationalen Geric</mark>htshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind

Artikel 16a (1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutz<mark>e der Men</mark>schenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die <mark>Staaten außerhalb</mark> der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des <mark>Satzes 1 könn</mark>en auf<mark>enthaltsbeendende Ma</mark>ßna<mark>hmen una</mark>bh<mark>ängig von einem hi</mark>ergegen <mark>eingele</mark>gten Rechtsbehelf vollzogen

(3) Durch Gesetz, <mark>das</mark> der Zusti<mark>mmun</mark>g d<mark>es B</mark>und<mark>esrates bedarf, können Staaten be</mark>st<mark>imm</mark>t werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus <mark>einem solchen Staat n</mark>icht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensicht-

lich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberück-

schtligt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. (3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zu-

ständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt. Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Wider-

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

POSTLEITZAHL UND ORT _

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag. BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES: V

Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de — oder —

Fünf Ausgaben per Postbestellung.

. BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15, EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	
TELEFON + E-MAIL	
STRASSE, HAUSNUMMER	

DW-Zeitung Postfach 35 02 16 10211 Berlin

Die kommende Ausgabe DW 123 erscheint sehr gerne!